



Die Leitstellen

der Polizei

in der Stadt Potsdam

1951 - 2011



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
I. Die erste Leitstelle der Volkspolizei in Potsdam	4
II. Die Lage- und Informationszentren der DDR-Volkspolizei	10
III. Die Neustrukturierung der Polizei ab 01.11.1991	22
IV. Zwei Polizeipräsidien im Land Brandenburg	30
V. Ein Polizeipräsidium im Land Brandenburg	33
VI. Weitere Leitstellen in Potsdam	35
Anlagen	38
Abkürzungsverzeichnis	43
Literaturverzeichnis	44
Zum Autor	46

Vorwort

Auf den nachfolgenden Seiten wird dargestellt, wie sich die Führung der Polizei im Land Brandenburg, insbesondere im Zuständigkeitsbereich des Polizeibezirks der Stadt Potsdam seit etwa 1951, also seit 60 Jahren entwickelt hat.

Dabei behandelt der Autor vor allem die Arbeit in der Leitstelle als einem Mittel der Führung. Dazu gehören die Entgegennahme der Notrufe und die Übermittlung der sich daraus ableitenden Einsatzaufträge im täglichen Dienst. Gestreift wird auch die Abarbeitung von Sonderlagen.

Schwerpunkt der Abfassung bildet die Arbeit der Lagezentren/Leitstellen einschließlich der technischen Entwicklung in diesem Bereich der Polizei.

Auf die Rolle der Polizei in der DDR und auf ihren Wandel zu einer rechtsstaatlich-demokratischen Polizei wird hier nicht näher eingegangen. Gleichwohl hatten damit zusammenhängende personelle Probleme, sich verändernde Einsatz-, Kriminalitäts- und Verkehrslagebilder, die Anpassung an ein neues Rechtssystem und die technisch-organisatorischen Dimensionen der Umgestaltung zu allererst unmittelbare Auswirkungen auf die Tätigkeit der Lagezentren/Leitstellen.

In dem Zusammenhang ist die Veröffentlichung „Der Wandel der Volkspolizei zu einer rechtsstaatlich-demokratischen Polizei“ von Dr. Reinhard Haselow zu empfehlen, auch wenn der Autor nicht in allen Punkten mit den Darlegungen in dieser Schrift übereinstimmt.

(Veröffentlicht in der Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e.V., Verlag Schmidt-Römhild Lübeck, 2000, ISBN 3-7950-2924-4)

Ich danke meinen ehemaligen Kollegen und den freundlichen Mitarbeiterinnen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, die mir geholfen haben, Material zusammenzutragen, sowie dem EPHK a.D. Döring, der die Sammlung fernmeldetechnischer Anlagen und Geräte am Schulungs- und Referenzzentrum der Landespolizeidirektion Zentrale Dienste Sachsen in Dommitzsch betreut. Nicht zuletzt gilt mein Dank auch meiner Frau, die mir und meinem Computer viel Zeit eingeräumt hat.

Diese Arbeit wurde nicht zu kommerziellen Zwecken und ohne Fördermittel angefertigt. Für Berichtigungen, Anregungen und Hinweise bin ich jederzeit dankbar.

Günter Neue

August 2010 / überarbeitet Oktober 2011

I. Die erste Leitstelle der Volkspolizei in Potsdam

In der DDR wurden im **August 1951** zur Unterstützung der Leiter der Polizeidienststellen bei der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei, den Landesbehörden und in den Kreisämtern **Operativstäbe** gebildet.¹ Dazu gehörten Lageoffiziere, Mitarbeiter für die Auswertung, die Statistik, die Registratur und die Geschäftsstelle.

Im gleichen Jahr wurden **Schnellkommandos der Schutzpolizei** geschaffen, die in den Volkspolizeikreisämtern (VPKÄ) Einsatzreserve der Leiter waren. Ihr Einsatz sollte erfolgen, wenn die am Ort vorhandenen VP-Kräfte die Lage voraussichtlich nicht erfolgreich klären konnten; also z.B. bei Katastrophen, Bränden, größeren Verkehrsunfällen, Menschaufmäufen, organisierten Provokationen und Sabotageakten des „Gegners“, bei Angriffen auf staatliche Einrichtungen und Funktionäre. Dazu sollten diese Schnellkommandos Fahrzeuge mit Funkausrüstung erhalten.² Nach der **Länderreform vom Juli 1952** entstanden statt der Landesbehörden die Bezirksbehörden mit nachgeordneten Kreisen. Im Bezirk Potsdam wurden Schnellkommandos in den Kreisen Potsdam, Brandenburg, Nauen, Oranienburg, Königswusterhausen, Rathenow, Neuruppin, Zossen und Kyritz aufgebaut.



Funk im Einsatzfahrzeug der Schutzpolizei, 1951

Ab **Oktober 1953** (im Juni war der Arbeiteraufstand) hat der Chef der Bezirksbehörde der DVP (BDVP) Potsdam mit der Dienstanweisung Nr. 9/53 die Einrichtung eines **ständigen Offiziersdienstes (OvD)** in allen Polizeidienststellen angewiesen.³ Diesem hatten der Lageoffizier des Operativstabes und der Kriminaldienst alle eingehenden Fernschreiben vorzulegen und in besonderen Fällen seine Entscheidung einzuholen.

Im Jahre 1954 wurden in der DDR die **einheitlichen Notrufnummern** 110 (Polizei), 112 (Feuerwehr) und 115 (Deutsches Rotes Kreuz) eingeführt.

Die Bevölkerung konnte die Hilfe der Polizei vor allem über öffentliche Fernsprechkabellen bzw. über Notrufmelder rufen, da private Fernsprechanchlüsse in der DDR bis zu deren Ende in nur sehr geringem Maße vorhanden waren.



Fotos Autor im Technikmuseum der Landespolizeidirektion Zentrale Dienste Sachsen, IuK-Schulungs- und Referenzzentrum Dommitzsch

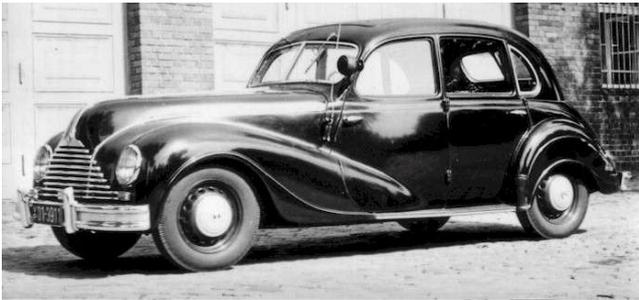
Auch die zu Fußstreifen eingeteilten Volkspolizisten nahmen über diese Notrufmelder bis ca. 1962 Verbindung zu ihren Dienststellen auf.

¹ Geschichte DVP, Bnd. 1, S. 186, Foto S. 188

² Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Lizenzausgabe für Verlagsgruppe Weltbild GmbH, ISBN 3-8289-0555-2, Seite 105

³ BLHA, BDVP 1952 – 1960, Rep. 471/15, Sign. 021, Dienstanweisung 9/53, Blatt 14 - 15

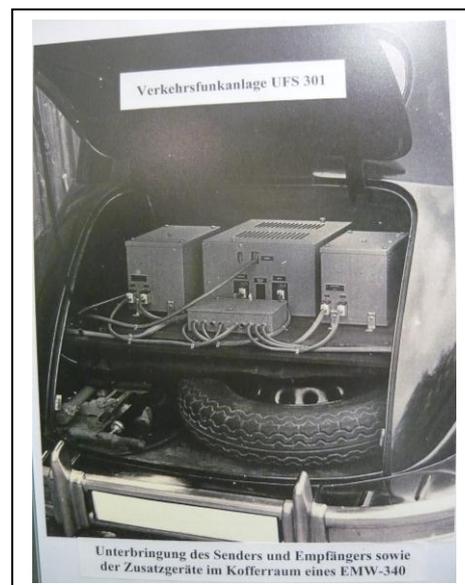
Zum Ende des Jahres **1954** wurden in Potsdam Polizisten als künftige Besetzungen der NEF (NEF = Nachrichten-Einsatz-Fahrzeug) ausgewählt. Das waren mit Funk ausgerüstete PKW des Typs EMW 340-2 (nachfolgend als Funkstreifenwagen, Funkwagen oder FStW bezeichnet). Zu einer Besetzung gehörten jeweils ein Streifenführer, ein Kraftfahrer und ein Begleiter. Im Dezember führte man Drei-Tages-Schulungen und zwei Tage Unterweisung im direkten Einsatz der NEF durch. Für 12 Besatzungsmitglieder gab es auch in Ostberlin Schulungen. Hier wurden schon am 28.04.1950 die ersten fünfzehn Funkwagen des Typs EMW 340-2 und zwei mit Funkgeräten ausgestattete Boote der Wasserschutzpolizei in Betrieb genommen ⁴. Ausgestattet waren die Fahrzeuge mit dem Funksystem U 300 des Funkwerkes Köpenick.



Fotos⁵



Bis 1960 wurden PKW mit normaler Farbgebung verwendet. Danach wurden sie zur besseren Erkennbarkeit als Polizeifahrzeug hell-elfenbein und olivgrün gespritzt



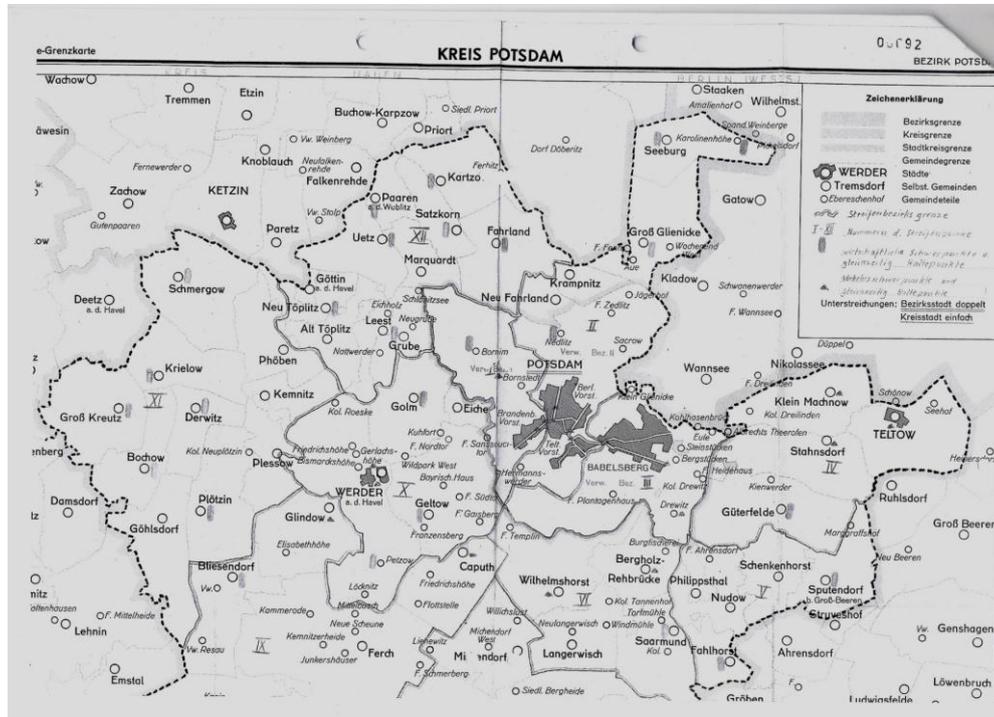
Funkausrüstung des NEF⁶

⁴ „Vom FStW bis zum Hydromil..“, Typologie für Sammler und Modellbauer, 2002 By Archiv RoSe, S. 147

⁵ Foto links: Feuerwehr Potsdam, W. Masch; Fotos rechts: BLHA, Rep. 471/15/2, Sign. 158, Chronik VPKA Potsdam 1961, Blatt 82, 83

⁶ Fotos Autor im Technikmuseum der Landespolizeidirektion Zentrale Dienste Sachsen, IuK-Schulungs- und Referenzzentrum Dommitzsch

Ab **20.12.1954** wurden die FStW ständig eingesetzt und die **Funkleitstelle** besetzt. In den ersten Tagen leitete die Abteilung Schutzpolizei des Volkspolizeikreisamtes Potsdam den Einsatz. Es wurden für den damaligen Kreis Potsdam zwölf Streifenbezirke festgelegt. Die auf dem FStW mitgeführte Streifenbezirkkarte enthielt neben den Streifenbezirken wirtschaftliche und Verkehrsschwerpunkte, die zugleich Haltepunkte waren.⁷



Mit Beginn des Jahres 1955 wurde das VP-Revier Potsdam, das seinen Sitz bis 1962 in der Friedrich-Ebert-Straße (Stadtverwaltung Potsdam) hatte, mit dem Einsatz der Funkstreifenwagen beauftragt. Zur Verfügung standen vier Fahrzeuge, für die neun Besatzungen geplant waren.

Nach einem schriftlichen Bericht des Reviermeisters (Innendienstmeister) traten im Zusammenhang mit dem Einsatz der FStW u.a. folgende Probleme auf:⁸

- Das Führungspersonal war nicht eingewiesen, musste sich Einsatzprinzipien von den Streifenführern erklären lassen bzw. selbst erarbeiten.
- Die Fahrzeuge befanden sich bereits seit Jahren im Polizeidienst und waren 1954 nachträglich mit Funk ausgerüstet worden. Ihr technischer Zustand war mangelhaft. So wiesen die Karosserien Schäden auf. Ein vorher in Berlin eingesetzter Wagen hatte dort zwei Unfälle, wodurch das Fahrgestell verzogen war. Trotzdem wurden die Fahrzeuge eingesetzt. Es gab immer wieder Ausfälle und ständig hohe Reparaturkosten.
- Bei Arbeiten in privaten Werkstätten musste zudem ein Polizist abgestellt werden, der die Funktechnik vor Diebstahl oder Missbrauch schützen sollte. Die Einsatzfähigkeit der Funktechnik hing vom Ladezustand der Batterien ab. Sie wurden zum Laden in eine private Firma gebracht, weil keine eigenen Ladestationen zur Verfügung standen.
- Durch häufigen Personalwechsel gab es in 14 Monaten 20 verschiedene Krafftfahrer, die sich mehr als Krafftfahrer, weniger als Polizisten verstanden.

⁷ BLHA, BDVP 1952 – 1960, Rep. 471/15, Sign.169, Schutzpolizei, Funkwageneinsatz 1954-1956, Blatt 89 -92

⁸ wie vorher, Blatt 97 - 103

- Im gleichen Zeitraum haben 57 Polizisten bei den Besatzungen als Streifenführer oder Begleiter Dienst getan (obwohl nur 18 gebraucht wurden). So konnten keine gefestigten Besatzungen entstehen, die gezielt die besonderen Möglichkeiten der Funkstreifenwagen zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben nutzten.
- Im Polizeirevier gab es keine Garagen. Die FStW wurden in Garagen der BDVP (Am Lustgartenwall) abgestellt. Jeder andere Kraftfahrer hatte Zutritt. Die Mangelwirtschaft führte dazu, dass immer wieder Werkzeug oder Benzin „umverteilt wurden“, also fehlten.
- Es bestanden Unklarheiten über die Berechtigung zum Einsatz der FStW. Es war nicht klar, ob die Aufträge vom verantwortlichen Polizeirevier oder vom Operativstab des VPKA über die Funkleitstelle veranlasst werden sollten.

Trotzdem wurden auch die Vorzüge der über Funk geführten Kräfte der Schutzpolizei sichtbar. So konnten 1956 zwölf örtliche Fahndungen nach schneller Weitergabe der Fahndungsdaten in kurzer Zeit erfolgreich beendet werden.

Die Funkleitstelle war im **Operativstab** des VPKA untergebracht, wo auch die Notrufe 110 aufliefen. Bei größeren Einsätzen bedienten auch nicht ausgebildete Polizeiangehörige die Sprechanlage (Friedensfahrt 1955). Dabei kam es zu Fehlbedienungen, so dass z.B. Gespräche in der Einsatzleitung über längere Zeiten ausgestrahlt wurden.⁹



U 300 Funkerpult¹⁰



Die abgebildeten Geräte wurden bis zur Einführung der U 400 – Serie in den sechziger Jahren genutzt.

Am **03.10.1958** erließ der Chef der BDVP Potsdam den Befehl 16/58, mit dem ein **Chefdienst in der BDVP bzw. ein Leitungsdienst in den VPKÄ** eingeführt und die Rolle des

⁹, BLHA, BDVP 1952 – 1960, Rep. 471/15, Sign.169, Schutzpolizei, Funkwageneinsatz 1954-1956, Blatt 97 – 103

¹⁰ Fotos Autor im Technikmuseum der Landespolizeidirektion Zentrale Dienste Sachsen, IuK-Schulungs- und Referenzzentrum Dommitzsch

OvD neu bestimmt wurde¹¹. Danach war der diensthabende **Lageoffizier** der BDVP / des VPKA außerhalb der allgemeinen Dienstzeit Dienstvorgesetzter für alle diensttuenden Kräfte, einschließlich des OvD der BDVP / des VPKA. Der Lageoffizier war verantwortlich für die selbständige Einleitung der sich aus der jeweiligen Situation oder den eintreffenden Berichten und Meldungen ergebenden polizeilichen Sofortmaßnahmen im Rahmen seiner Befugnisse oder auf Anweisung der Leitung der BDVP/VPKA. Der OvD hatte ab sofort ausschließlich Verantwortung für die Sicherheit und Ordnung des Objektes. In Ausnahmefällen vertrat er den Lageoffizier.

Noch im Jahr **1960** standen dem VPKA Potsdam vier FStW vom Typ EMW zur Verfügung. Der EMW 340-2 wurde von 1949 bis 1955 produziert. Er leistete seinen Dienst in Potsdam aber noch bis zu seiner Ablösung durch den **Wolga M 21 im Jahre 1968**. Es war eine Meisterleistung aller Mitarbeiter der KFZ-Werkstatt der BDVP Potsdam, dass diese klapprigen, eigentlich schrottreifen Fahrzeuge 13 Jahre nach ihrem Produktionsende immer wieder soweit hergestellt wurden, dass sie sich fortbewegen konnten.

Ständig waren rund um die Uhr zumindest zwei Fahrzeuge im Einsatz. Die Besatzungen erreichten 1960 u.a. folgende Arbeitsergebnisse:

- 69 Fahndungserfolge
- 58 vorläufige Festnahmen
- 355 Aufnahme von Verkehrsunfälle
- 127 Sicherstellungen von Kraftfahrzeuge
- 1344 gebührenpflichtige Verwarnungen ausgesprochen.¹²



GAZ Wolga M 21
Potsdam, Fr.-Ebert-Straße
Foto: Archiv R. Baschant

Weitere mit Funk ausgerüstete Fahrzeuge waren seit 1960 im **Verkehrskommando Potsdam** eingesetzt. Einer Chronik dieses Kommandos ist zu entnehmen, dass in seinem Zuständigkeitsbereich der Autobahnen in Richtung Hannover bzw. München und der Fernverkehrsstraße 5 von Berlin in Richtung Hamburg insgesamt fünf mit Funk ausgerüstete Wartburg-Kübel und ein mit Funk ausgerüsteter Wartburg-Kombi im Einsatz waren.¹³

¹¹ BLHA, BDVP 1952 – 1960, Rep. 471/15, Sign. 021, Befehl 16/58, Blatt 1 - 10

¹² BLHA, BDVP 1952 – 1960, Rep. 471/15.2, Sign. 157, Chronik VPKA Potsdam, Blatt 68

¹³ BLHA, BDVP 1952 – 1960, Rep. 471/15.2, Sign. 163, Chronik Verkehrsbereitschaft Potsdam

Diese Kräfte wurden von einer eigenen Funkleitstelle mit Funkerpult und Telefon geführt, die in einem Raum über dem Speisesaal der damaligen VP-Schule Potsdam (Block K) untergebracht war.¹⁴



Fotos: IG Deutsche Volkspolizei, <http://v2.virtualhost24.de/032f839a200c5e901/index.html>

Die Stäbe mussten immer stärker alle Fragen der polizeilichen Tätigkeiten koordinieren. Deshalb wurde ab **1965** ein diesen Ansprüchen entsprechendes System von Diensthabenden geschaffen. Aus den Lageoffizieren des Operativstabes wurden die **Operativen Diensthabenden (ODH)**. Das belegt die vorläufige Arbeitsordnung für den Stab des VPKA Potsdam vom 01.09.1966.¹⁵

Um ihren Aufgaben gerecht zu werden und die zunehmend mit Funktechnik ausgerüsteten Einsatzmittel besser führen zu können, brauchten die ODH die entsprechende technische Ausstattung. Die unterschiedlichen Nachrichtenmittel (Draht- und Funkverbindungen, Alarmmelder usw.) mussten übersichtlich zusammengefasst und miteinander in Beziehung gesetzt werden.

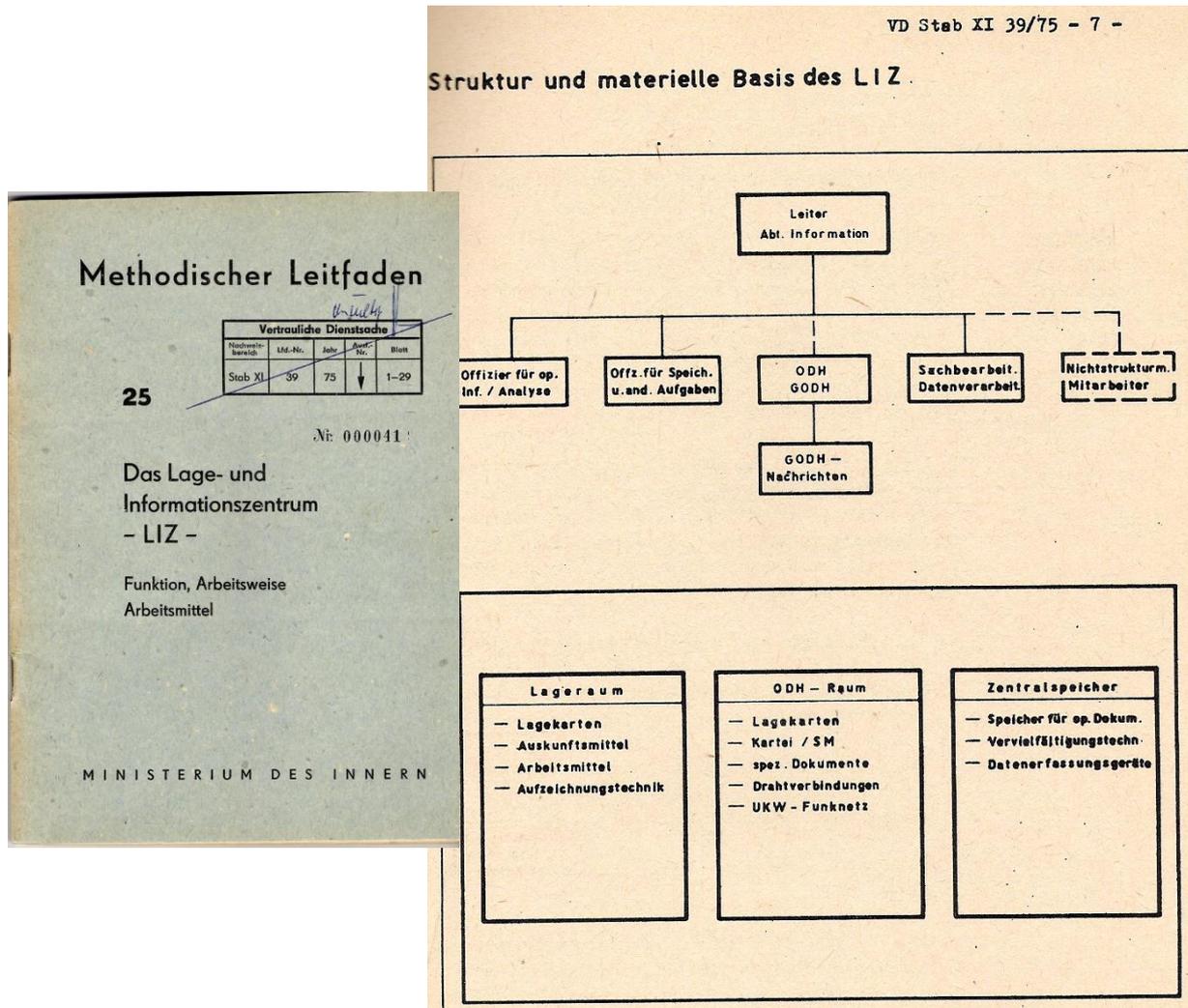
¹⁴ Erinnerungen E. Langer, Archiv Autor

¹⁵ BLHA, VPKÄ 1952 - 1960, Rep. 471/15.1, Sign. 010, vorläufige Arbeitsordn. für den Stab, Blatt 90 sowie Geschichte DVP, Band 2, S. 38

II. Die Lage- und Informationszentren der DDR-Volkspolizei

In der Polizei der DDR entwickelten sich auf Ebene der Bezirkspolizeibehörden die **Lage- und Informationszentren (LIZ)**, die mit den heutigen Lagezentren der Polizeipräsidien im Land Brandenburg vergleichbar sind und in den VPKÄ die Stabsbereiche, ähnlich den Führungsstellen der Schutzbereiche heute.

Nach einem Leitfaden von 1975¹⁶ gliederten sie sich wie folgt:



Die LIZ waren **Sperrbereiche**, die durch eine mittels Zahlencode gesicherte Tür von den übrigen Dienstbereichen abgetrennt war. Ebenso verhielt es sich mit den Stabsbereichen der VPKÄ. Der Zahlencode wurde in unregelmäßigen Abständen geändert und war nur dem dort arbeitenden Personenkreis sowie dem Chef BDVP bzw. Leiter VPKA und ihren Stellvertretern bekannt. Unmittelbar an der Tür befand sich ein Telefon, mit dem sich „gewöhnliche“ Polizisten anmelden und unter Nennung von Name und Dienstgrad um Einlass bitten konnten. In diesem Sperrbereich arbeitete in Räumen, die nochmals durch eine nur von innen zu öffnende und mit einer Klappe zum Austausch schriftlicher Dokumente versehene Tür abgetrennt waren, das „Herz und Hirn“ nicht nur des Stabes, sondern der ganzen BDVP bzw. des VPKA, der **Operative Diensthabende (ODH)**.

¹⁶ Methodischer Leitfaden Nr. 25 des MdI der DDR, Archiv Autor, Blatt 7

Der ODH war ein Hoch- oder Fachschulabsolvent, der Erfahrungen als Offizier in der Wache, dem Revier, dem Stab oder der Fachabteilung gesammelt und erfolgreich einen Speziallehrgang in Eisenach (1969-1975), später in Potsdam und das dazugehörige Praktikum absolviert hat. Er war Führungskader und unterstand dem Stabschef, der zugleich Stellvertreter des Chefs/Leiters war. Entsprechend seiner Bedeutung hatte der ODH in der BDVP eine Planstelle als Oberstleutnant (Oberrat), in den großen VPKÄ als Major (Rat), in den kleineren als Hauptmann (Polizeihauptkommissar).

Verlangt wurde von ihm, die ununterbrochene operative Führung der Dienststellen, Einheiten und operativen Kräfte durch den Chef/Leiter sicherzustellen. Dazu sollte er¹⁷

- das politisch richtige (im Sinne der SED), sachlich begründete und abgestimmte Handeln der nachgeordneten diensthabenden Kräfte durchsetzen,
- die operative Melde- und Berichtstätigkeit verwirklichen,
- den befohlenen Personalbestand nach Auslösung höherer Stufen der Einsatzbereitschaft benachrichtigen und
- die von den Chefs/Leitern befohlenen Maßnahmen kontrollieren.

Die Funktion des ODH ist heute vergleichbar mit dem Rat vom Dienst (RvD) bzw. Dienstgruppenleiter (DGL) der Leitstelle.

Beim ODH liefen **alle polizeilich relevanten Meldungen** ein, aus denen er die notwendigen einzuleitenden Maßnahmen herleiten, anordnen und koordinieren musste. Er nutzte folgende Dokumente bzw. schrieb sie fort:¹⁸

- die **Kartei der Sofortmaßnahmen (VVS/VD)**, die für den jeweiligen Anlass von den Chefs/Leitern bestätigte Entschlussvarianten zum Einsatz von Kräften und Mitteln und der von ihnen zu lösenden Aufgaben sowie die Informationspflichten in der Reihenfolge der vom ODH abzuarbeitenden Arbeitsschritte enthielt;
- die **Arbeitskarte (VVS)** als Arbeits- und Auskunftsdocument über den Zeitraum von 24 Stunden, auf der in der Regel mit Magnetsteinen alle in der Dienstschrift bekanntgewordenen Vorkommnisse und Ereignisse dargestellt wurden;
- den **Lagefilm**, in dem alle wichtigen Ereignisse des Tages und die dazu eingeleiteten Maßnahmen, Weisungen der Vorgesetzten, Mitteilungen und Anfragen von Diensthabenden anderer Organe und Einrichtungen per Schreibmaschine in zeitlicher Reihenfolge festgehalten wurden;
- den **Tagesrapport (VD)**, einen Auszug aus dem Lagefilm für die Zeit von jeweils 04:00 Uhr bis 04:00 Uhr und im Ormig-(Spiritus-Umdruck) Verfahren vervielfältigt und laut Festlegung der Informationsordnung 081/83 verteilt (BDVP und VPKÄ mindestens 20 Empfänger). Diese mühsame und schmutzige Arbeit entfiel mit Einführung der Computer. Der Rapport wurde dem Chef BDVP bzw. Leiter VPKA und deren Stellvertretern vorgelegt. In der Frühbesprechung mussten die eingeleiteten Maßnahmen erläutert werden, wurden zum Teil bestätigt, zum Teil verworfen oder durch neue Festlegungen ergänzt.
- den **Plan der Benachrichtigungen der Angehörigen der Dienststelle** für den Alarmfall.

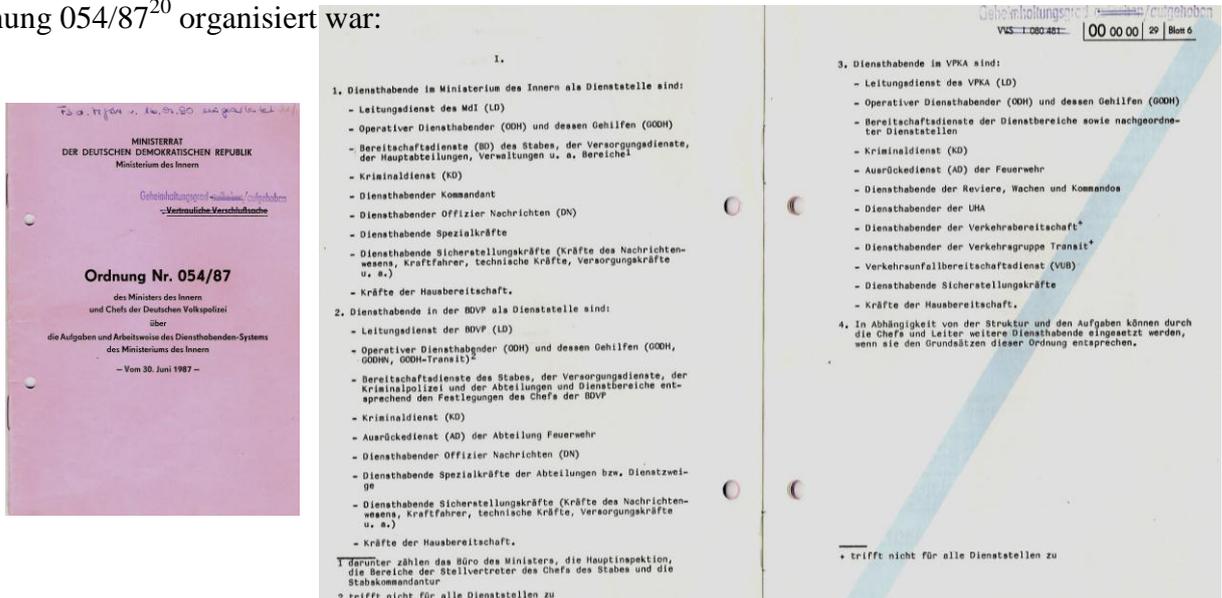
Den ODH standen **Gehilfen (die GODH)** zur Seite. Während in der BDVP diese GODH strukturmäßig vorhanden waren und während der gesamten **24-Stunden-Schicht** (zuletzt 12-Stunden-Schichten) Dienst versahen, unterstützten in den VPKÄ die nichtstrukturmäßigen GODH den ODH erst außerhalb der Bürodienstzeit ab 17:00 Uhr. Das waren geeignete Be-

¹⁷ Ordnung 034/87 des MdI der DDR, Archiv Autor, Blatt 6

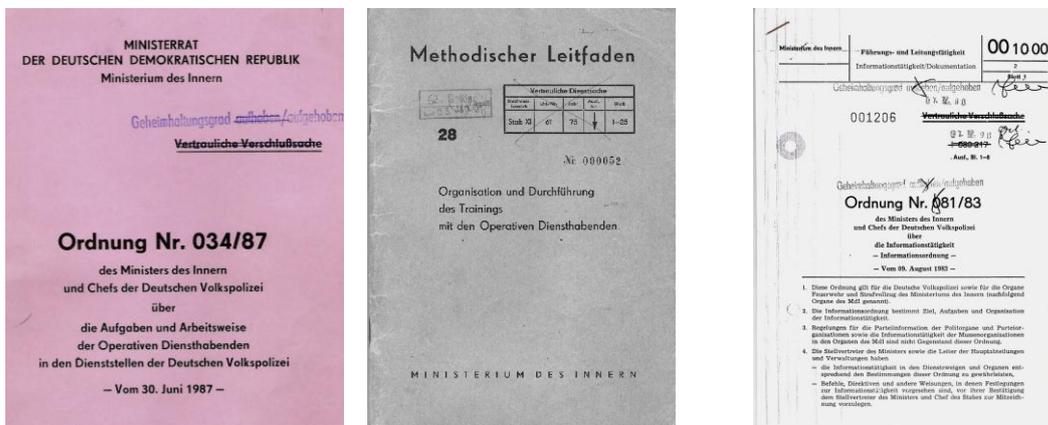
¹⁸ BLHA, BDVP 1952 – 1960, Rep. 471/15.2, Sign. 1918/001, Ordnung 055/84 des MdI der DDR über Führungsdokumente

dienstete aus allen Bereichen des VPKA, vorzugsweise aus der Schutz- bzw. der Verkehrspolizei und aus dem Bereich Nachrichten.¹⁹

Sie waren ein wichtiger Teil des **Diensthabenden Systems** in der Volkspolizei, das nach der Ordnung 054/87²⁰ organisiert war:



Wie der ODH zu arbeiten hatte, war in der Ordnung 034/87²¹ festgelegt. Mit dem Leitfaden 28 wurde außerdem 1975 die Organisation und Durchführung des Trainings der ODH vereinheitlicht.



Zu den wichtigsten Arbeitsmitteln des ODH zählte die **Informationsordnung 081/83**²².

Eine wesentliche Tätigkeit des ODH jeder Ebene war demnach das aktive Einholen von Informationen²³. Nicht selten gab es Probleme, weil die am Ereignisort eingesetzten Kräfte das Retten von Menschenleben und Sachwerten sowie die Spurensicherung organisierten, die Erfüllung ihrer Informationspflichten aber als lästige Nebenaufgabe empfanden. Bei öffentlichkeitswirksamen Vorkommnissen wurden deshalb in den letzten Jahren der DDR schon

¹⁹ Vergleiche auch die Internetseiten von Uwe Bräuning zur Polizei des Kreises Seelow (<http://www.oderbruchfotograf.de/oderbruch-und-ddr/>)

²⁰ Ordnung 054/87 des Mdi der DDR, Archiv Autor

²¹ Ordnung 034/87, Methodischer Leitfaden Nr. 28, Ordnung 081/83 des Mdi der DDR - Archiv Autor

²² Siehe dazu Anlage 1, Ordnung 081/83, Blatt 7: „Schema des Informationsflusses zu ausgewählten sofortmeldepflichtigen Vorkommnissen“

²³ Siehe dazu Anlage 2 „Zum Unterschied zwischen Informationsordnung der DDR-Polizei und WE-Meldeerlaß der Polizei des Landes Brandenburg“

mal Offiziere der Abteilung Information vor Ort eingesetzt, die den ODH der BDVP unmittelbar unterrichteten.

Wichtiges technisches Hilfsmittel des ODH für das Einholen und Weitergeben von Informationen waren die **Nachrichtenbedienanlagen (NBA)** aus dem VEB Fernmeldewerk Arnstadt.

Sie gab es in vier Grundvarianten mit mindestens 11 verschiedenen Ausbaumöglichkeiten²⁴. In den BDVP's (BDVP = Bezirksbehörde der Volkspolizei) standen die größten Anlagen. Dann gab es unterschiedliche Varianten in den Kreisämtern der Kategorie I, II und III und die kleinsten in den Revieren.

Sie stellten eine Zusammenfassung von Einrichtungen für Fernsprech-, Wechselsprech- und Funkverbindungen sowie von Alarmierungs-, Sicherungs- und Signaleinrichtungen mit maximal drei Bedientischen dar. Bei nicht ständig besetzten Fernsprechvermittlungsplätzen konnten Gespräche auf die NBA umgeleitet und von hier vermittelt werden. Alle über die Anlage geführten Fernsprech- und Funkgespräche wurden automatisch auf Tonband aufgezeichnet. Auch die Speicherung bestimmter Informationen über Kräfte und Mittel, Art und Anzahl von Ereignissen war auf einem Signaltableau möglich.

Die NBA bestand aus

- dem Bedientisch mit den Elementen Hauptsegment, Anstellsegment 1 und 2 sowie Winkelteil. Abhängig von den Räumlichkeiten wurden bausteinartig die Tischgrundformen zusammengestellt. Die Kabelzuführung wurde durch die Fußteile realisiert.
- einem oder mehreren Gestellschränken, die alle nicht am Bedientisch benötigten technischen Einrichtungen aufnahmen. Sie konnten bis 100 m vom Bedientisch entfernt aufgestellt werden.
- der Funkbeistellsektion (bis zu zwei je NBA), die die Bedienpulte der UKW-Funkanlagen und Zubehör (bis zu drei je Sektion) aufnahmen.
- dem Signaltableau mit 10 Leuchtfeldern zur optischen Wiederholung wichtiger Signale.

Hier Beispiele für ODH-Bedientische:



Fotos oben: aus „Geschichte der DVP“ Teil II;

Foto unten: Autor im Technikmuseum der Landespolizeidirektion Zentrale Dienste Sachsen, IuK-Schulungs- u. Referenzzentrum Dommitzsch

²⁴BLHA, BDVP 1952 – 1960, Rep.471/15.2, Sign. 1921/051, Beschreibung der Nachrichtenbedienanlage für ODH, Blatt 3

Von diesen Tischen wurden über GWN, ATZ 65 oder MSN 70 (Wählenanlagen) Wähl- und Direkt-(ZB)-Gespräche auf gleicher Ebene bzw. nach "oben" und "unten" geführt. Bestimmte Gespräche wurden aufgezeichnet (z.B. Notruf) mit einem TR10D (ein ungarisches Kassettengerät). Die Tische hatten Direktwahltasten zu den jeweiligen Leitern, zum übergeordneten ODH und zu allen Diensthabenden der Ebene, auch außerhalb der Polizei. Es bestand die Möglichkeit, unterschiedliche Teilnehmer für Telefonkonferenzschaltungen zusammenzuschalten (z.B. morgendliche Absprache aller ODH des Bezirkes oder aller Diensthabenden auch außerhalb der Polizei usw.).

Der ODH der BDVP, des VPKA bzw. der Diensthabende des Reviers konnte per UKW-Sprechfunk, das **Zentrale Funk Netz** (ZFN nur in den BDVP'en), das „große“ Funknetz eines VP-Kreisamtes und das "kleine" eines VP-Reviers Aufträge an operative Kräfte erteilen und ggf. deren Einsätze lenken und leiten. Funkrufname für den Bezirk Potsdam war „PUMA“. Der Chef der BDVP Potsdam hatte den Rufnamen PUMA 100, der Leiter des VPKA Potsdam den Rufnamen PUMA 11 100.²⁵

Genutzt wurden Geräte auf der Basis der U400- (sechziger Jahre), der U600- (70-iger) bzw. U700-Funktechnik aus dem Funkwerk Köpenick (in den 80igern). Alarmmelder wichtiger Objekte und andere Signalisierungsbaugruppen (von Geldinstitut bis Waffenkammer) waren auch verbaut. Quarzuhr, Fernseher, Radio und Telefonanrufbeantworter vervollständigten die Anlage.



1990: Lagezentrum des MI BRB, vorher saß hier der ODH der BDVP Potsdam (Fotos. Autor)



Die Zuführung von Computern erfolgte ab 1987. Der unvernetzte PC des ODH war aus Geheimhaltungsgründen abstrahlungsarm in einem Metallkasten untergebracht, vor dem Bildschirm eine (hier schon entfernte) Metall-Lochmaske.

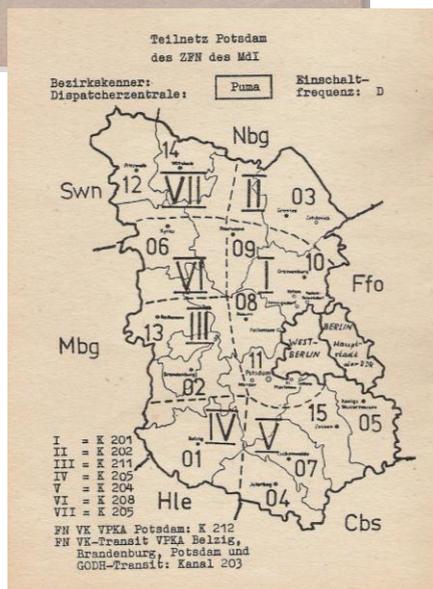
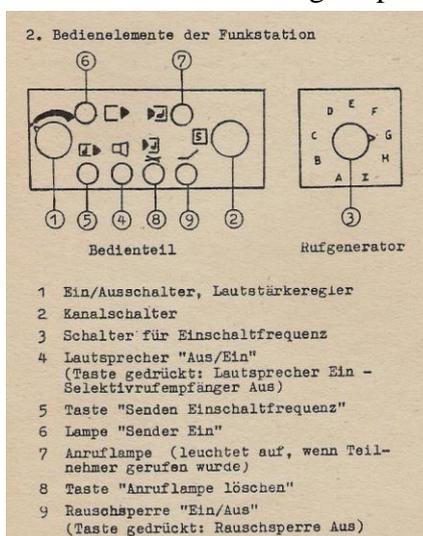
²⁵ Zentrales UKW-Funknetz des MdI, Betriebsunterlage Nr. 03446, Archiv Autor

In der BDVP Potsdam gab es drei dieser Tische, getrennt durch Glaswände mit Tür.

Gehilfe des ODH Transit	ODH	Gehilfe des ODH
----------------------------	-----	-----------------

In einem Nebenraum arbeitete der „Gehilfe des ODH Nachrichten“ (GODH Na). Er vermittelte u.a. das ZFN. Dieses war so etwas wie ein handvermitteltes UKW-Funknetz über das gesamte Land. Im eigenen Versorgungsbereich einer Basisstation konnte man ohne Vermittlung Funken (im Netz oder von Funkstreifenwagen zu Wagen). In jeder Bezirksstadt gab es den GODH Na, der entweder nur zwischen Funkteilnehmern oder zwischen Funkteilnehmern und Telefonteilnehmern vermittelte. Mit seiner Hilfe konnte der Funkteilnehmer auch in ein Wechselsprechnet einer Behörde gelangen. Das ging ebenso umgedreht. Also ein Telefonteilnehmer ruft den GODH Na an und lässt sich mit dem von ihm benötigten Funkteilnehmer im Land verbinden. Dann wurde über Richtfunkverbindungen im Tonrufverfahren eine Verbindung quasi per Handvermittlung hergestellt.

Dadurch konnte z.B. ein Kriminalsachbearbeiter vom Telefon seines Schreibtisches in Potsdam mit einer Besatzung eines Wasserschutzbootes auf der Insel Rügen sprechen.



Ausgewählte stationäre Teilnehmer

	Rufname
VPKA s. Bezirkskarte	
TPA Potsdam	Puma 16
TPR Brandenburg	Puma 17
TPR Griebnitzsee	Puma 18
TPR Neustadt	Puma 20
TPR Oranienburg	Puma 21
TPR Potsdam	Puma 22
TPR Seddin	Puma 23
TPR Wustermark	Puma 24
TPR Schönefeld	Puma 37
9. VP-Kompanie	Puma 25
3. VP-Bereitschaft	Puma 26
20. VP-Bereitschaft	Puma 27
StVE Brandenburg	Puma 28
TUP I des Mdl	Puma 38
TUP II des Mdl	Puma 33
GODH-Transit	Puma 34
Verkehrsbeobachtungsturm	
- Abzweig Wittstock	Puma 63
- Abzweig Rostock	Puma 64
- Abzweig Stolpe	Puma 65
- Abzweig Leipzig	Puma 66
- Abzweig Drewitz	Puma 67
- Schönefelder Kreuz	Puma 68

Auszüge aus der Betriebsunterlage des ZFN²⁶

²⁶ Betriebsunterlage ZFN des Mdl der DDR, Archiv Autor

In der Nähe des ODH der BDVP war der **Lageraum**²⁷ untergebracht.

Zunächst nur dazu gedacht, den Chef der BDVP bei der Entscheidungsfindung durch Visualisierung der einzelnen Lagebilder mittels täglich aktualisierten Steckkarten, Tabellen und Grafiken zu unterstützen, wurden von hier aus zunehmend kreisübergreifende polizeiliche Lagen geführt (Fahndungen nach geflüchteten und bewaffneten, meist sowjetischen Soldaten, Eisenbahnunglücke, Flugzeugabstürze, Havarien und Brände in der Volkswirtschaft, Großveranstaltungen usw.).

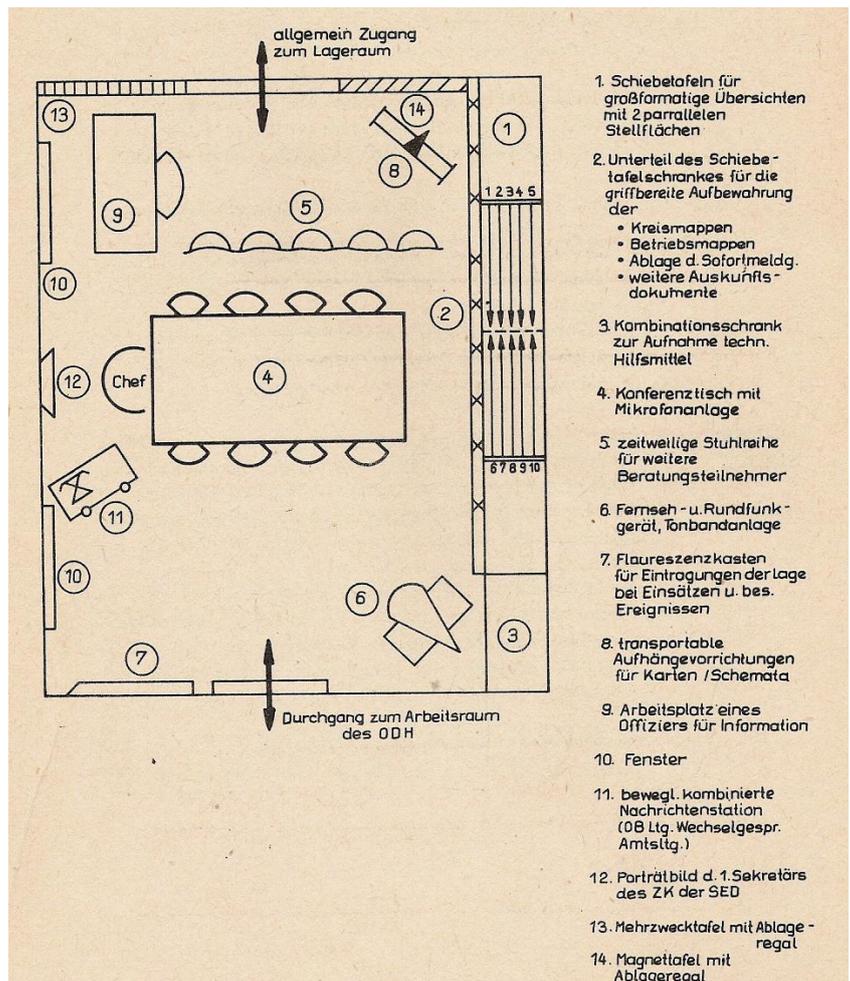
Dazu wurden **Führungsgruppen** gebildet, denen jeweils Offiziere aus den Stabsbereichen Operativ, Information, Organisation und Nachrichten sowie nach Bedarf aus den Fachbereichen Kriminalpolizei, Verkehrspolizei, Schutzpolizei, Betriebsschutz, Feuerwehr, Strafvollzug, Pass- und Meldewesen angehörten, bei längeren Einsätzen auch Mitarbeiter der Versorgungsdienste. Lagebedingt waren Verbindungsoffiziere zur Bereitschaftspolizei, zum MfS oder zur NVA bzw. zu den sowjetischen Truppen anwesend. Die Leitung der Einsätze hatte der Chef der BDVP oder einer seiner Stellvertreter. Leiter der Führungsgruppen waren Abteilungsleiter des Stabes, der Schutz- oder Verkehrspolizei bzw. der Leiter der Kriminalpolizei.

Auf den Schiebetafeln waren Karten vorbereitet z.B. für

- Kriminalitätslage,
- Verkehrslage,
- Volkswirtschaft,
- Fahndungen,
- Nachrichtenverbindungen,
- Schutz wichtiger Objekte.

Natürlich waren die Standorte der Dienststellen verzeichnet, in den VPKÄ die Streifenbereiche dargestellt. Vorbereitet waren auch Karten mit Bezug Landesverteidigung (z.B. Betriebskampfgruppen).

Ähnliche Lageräume, allerdings weniger komfortabel ausgestattet, gab es in den VPKÄ.

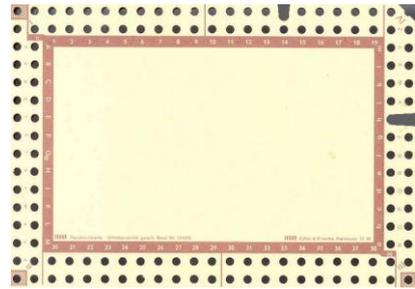


1. Schiebetafeln für großformatige Übersichten mit 2 parallelen Stellflächen
2. Unterteil des Schiebetafelschranks für die griffbereite Aufbewahrung der
 - Kreismappen
 - Betriebsmappen
 - Ablage d. Sofortmeldg.
 - weitere Auskunftsdokumente
3. Kombinationsschrank zur Aufnahme techn. Hilfsmittel
4. Konferenztisch mit Mikrofonanlage
5. zeitweilige Stuhlreihe für weitere Beratungsteilnehmer
6. Fernseh- u. Rundfunkgerät, Tonbandanlage
7. Fluoreszenzkasten für Eintragungen der Lage bei Einsätzen u. bes. Ereignissen
8. transportable Aufhängevorrichtungen für Karten / Schemata
9. Arbeitsplatz eines Offiziers für Information
10. Fenster
11. bewegl. kombinierte Nachrichtenstation (OB Ltq. Wechselgespr. Amtsüg.)
12. Porträtbild d. 1. Sekretärs des ZK der SED
13. Mehrzwecktafel mit Ablageregal
14. Magnettafel mit Ablageregal

²⁷ Methodischer Leitfadens Nr. 25 des MdI der DDR, Archiv Autor, Blatt 11

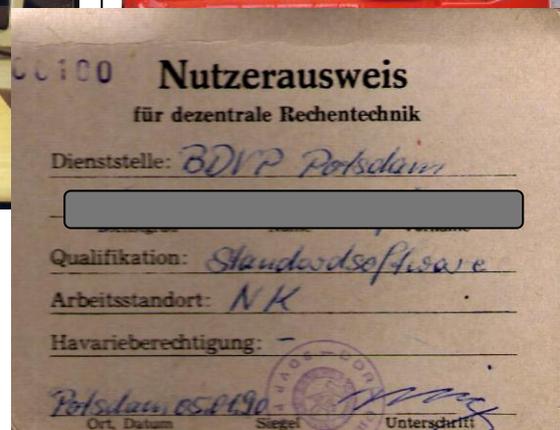
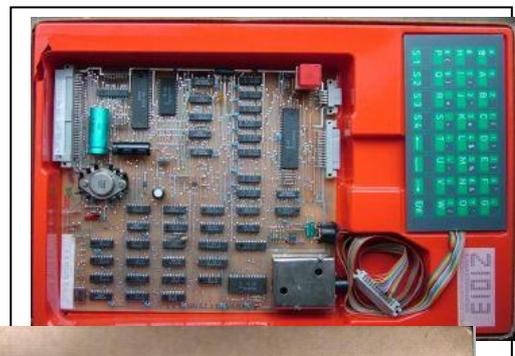
Im abgesetzten **Zentralspeicher** der Abteilung Information der BDVP wurden die von den nachgeordneten Dienststellen eingehenden Informationen auf **Randlochkarten** (auch als Kerblockkarte²⁸ bezeichnet) erfasst.

Zwei Mitarbeiterinnen bearbeiteten die Karten. Sie schrieben mit der Schreibmaschine die Information auf die Kartenmitte. Mit einer speziellen Zange codierten sie dann diese Information, indem sie nach vorgegebenen Kriterien die Karten an allen vier Rändern mit Schlitzern versahen.



Uncodiert hatten die Karten alle dieselbe Anordnung der Löcher am Rand. Mit der Zange wurde das Material zwischen Rand und Loch entfernt, so dass ein Schlitz entstand. Aus mehreren Karten unterschiedlicher Codierung, die alle mit der abgeschrägten Seite in einer Richtung lagen, konnte man mit einer oder mehreren Nadeln entsprechend der Suchkriterien die gewünschten Karten herausuchen. Dazu wurden die Nadeln in die den Suchkriterien entsprechenden Löcher gesteckt und angehoben. Die Karten mit intakten Löchern wurden mit angehoben, die Karten mit Schlitzern fielen herunter. So konnte man z.B. sortieren nach Zeit, Ort und/oder Straftatbestand.

Zu Lern- und Trainingszwecken wurden 1986 auf Initiative der Abteilung Information des Stabes zwei Mikrorechnerbausätze Z 1013 von ROBOTRON-Elektronik Riesa beschafft. **1987/1988** hielten dann "richtige" Computer Einzug (Ebene BDVP). Verwendet wurde z.B. der Arbeitscomputer 5120²⁹ von ROBOTRON. Die ersten Programme zur Speicherung und Analyse polizeilich relevanter Vorkommnisse wurden von einzelnen Mitarbeitern in REDABAS selbst geschrieben. Die Computer waren zum Schutz vor unerlaubtem Datenzugriff in einem baulich extra hergerichteten, abstrahlungsarmen und daher fensterlosen Raum (Nutzkabinett – NK) untergebracht. Nutzer hatten nur mit einem besonderen Ausweis³⁰ Zutritt.



²⁸ BLHA, BDVP 1952 – 1960, Rep.471/15.2, Sign. 918446, Ausfüllvorschrift Kerblockkarte

²⁹ Siehe <http://www.robotrontechnik.de/index.htm?html/>

³⁰ Archiv Autor

Da noch keine Datennetze existierten, wurden die Speichermedien (8-Zoll-, später 5 ¼-Zoll-Disketten) per Kurierfahrer zum Innenministerium nach Berlin und zurück transportiert. Entsprechend aktuell waren die jeweils verwendeten Daten.

Für die Übermittlung schriftlicher Nachrichten gab es ein Fernschreibnetz. Der ODH der BDVP Potsdam schickte die zu versendenden schriftlichen Meldungen per Rohrpost an die in einem anderen Gebäudeteil arbeitende **Fernschreibstelle**. Sie unterstand ebenso wie die **Telefonvermittlung** dem **Leiter Nachrichten**.

In den VPKÄ stand der Fernschreiber im Nebenraum des ODH, der zugleich als Vermittlungsdiente. Über den Fernschreiber liefen aktuelle Fahndungen und andere Meldungen aus der ganzen DDR ein. In der Stabsdienstzeit zwischen 07:00 und 16:30 Uhr bediente ein Angehöriger der Abteilung Nachrichten das Gerät und vermittelte alle über das öffentliche Telefonnetz eingehenden Gespräche an die jeweiligen Mitarbeiter. Nach 16:30 Uhr wurden diese Gespräche auf den ODH-Tisch umgeleitet und der Fernschreiber wurde ebenfalls vom ODH oder seinem Gehilfen bedient. Bei dem überalterten Telefonnetz der DDR mit einer Vielzahl fehlgeleiteter Anrufe keine unwesentliche zusätzliche Belastung.

Neben dem jedermann zugänglichen öffentlichen Telefonnetz gab es innerhalb der Volkspolizei die Möglichkeit, über bestimmte Vorwahlen jede Polizeidienststelle der DDR zu erreichen (sogenannte 07-er Leitung).

Geheimzuhaltende schriftliche Nachrichten wurden an die Mitarbeiter der **VS-Stellen** (ebenefalls dem Leiter Nachrichten unterstellt) übergeben und von diesen per Kurier an die Empfänger weitergeleitet.

Mündliche geheime Informationen wurden über das ab 1977 errichtete **Fernsprechsondernetz** weitergegeben, das sogenannte S1-oder „Integrierte Stabsnetz der Partei- und Staatsführung der DDR und der bewaffneten Organe“(Anlage 3). Das war ein Telefonnetz innerhalb der DDR, das Regierung, NVA, MfS, Volkspolizei und die Leitungen wichtiger Industriebetriebe miteinander verbunden hat und dessen Leitungen und technische Apparaturen gegen das Abhören besonders abgeschirmt waren und ständig kontrolliert wurden.

Das Ende der DDR-Polizei

In Potsdam mündete die falsche Politik der SED am 07.10.1989 in dem unangemessenen (weil einer volksfremden Politik folgenden) Polizeieinsatz zur Auflösung einer Demonstration von über 1000 Bürgern, die demokratische Veränderungen in der DDR forderten. 108 Personen wurden inhaftiert.

An diesem Tag gab es im Lagerraum der BDVP Potsdam eine Führungsgruppe zur Koordinierung der Sicherheitsmaßnahmen anlässlich des 40. Jahrestages der DDR. Der Chef der BDVP selbst war Leiter des Gesamteinsatzes für den Bezirk. Die Leiter der VPKÄ hatten die Verantwortung für die Einsätze in ihren Kreisen. Als bekannt wurde, wie viele Bürger sich in Potsdam unangemeldet zusammenfanden, begab sich der Chef der BDVP in die Räumlichkeiten des Stabes des VPKA Potsdam und hat hier die Führung des Einsatzes maßgeblich beeinflusst.

Sein vordringliches Anliegen war, die Anwendung von Gewalt durch VP-Angehörige von vornherein zu unterbinden. Die Fahrer der LKW mit Räumschild wurden entsprechend angewiesen und die Räumkräfte wurden ohne Helm und Schild eingesetzt.

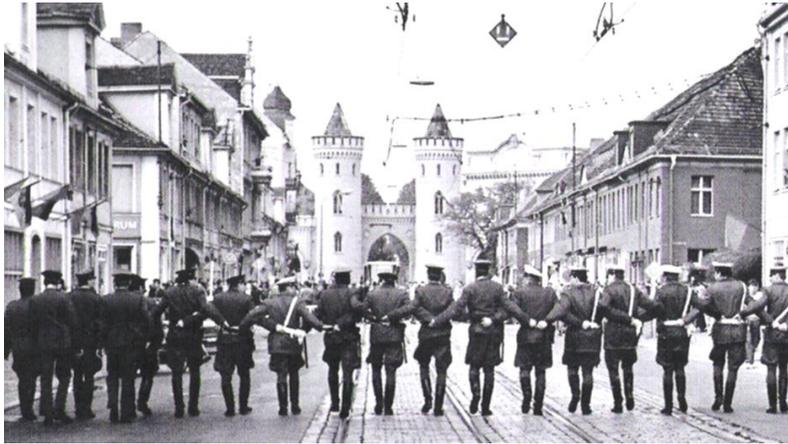


Foto: Bernd Blumrich, MACHT BESSER! Potsdamer Bürgerbewegung '89', DVD, FH Potsdam, ARGUS Potsdam e.V.

Die demokratische Bewegung ließ sich nicht mehr einschüchtern. Nach der bekannten Pressekonzferenz mit Schabowski vom 09.11.1989 wurde auch in Potsdam am 10.11.1989 die Grenze zu Berlin (West) auf der Glienicker Brücke geöffnet.

Am 14.11.1989 entschuldigte sich der damalige Chef der BDVP Potsdam, Generalleutnant Griebisch, öffentlich in der Presse für den genannten Polizeieinsatz.³¹

Seit dem 03.12.1989 führte die Volkspolizei Maßnahmen zur Sicherung von Volksvermögen und Unterlagen sowie zur Verhinderung von Fluchtversuchen wichtiger Personen im Bezirk Potsdam durch. Diese Maßnahmen wurden mit der Potsdamer vereinigten Linken und dem Neuen Forum abgestimmt und betrafen vor allem die Ämter für Nationale Sicherheit (vormals des MfS). Zur Umsetzung dieser Maßnahmen und zur störungsfreien Durchführung künftiger Demonstrationen und Versammlungen wies der Chef der BDVP am 05.12.1989 alle nachgeordneten Dienststellen an, Sicherheitspartnerschaften mit den demokratischen Kräften zu vereinbaren.³²

am -dr- =
 +bdvp pdm 2 c 813 owz 05.12.89 1720 fr =
 verteiler (roem) 2, (ausser vp-schule) leiter =
 aufruf an alle angehoerigen und zivilbeschaeftigten
 des ministeriums fuer innere angelegenheiten des bezirkes potsdam

 in verstaendlichem unmut ueber machtmisbrauch, korraption
 und bereicherung an volksvermoegen sowie die
 verschleppung von entscheidungen und massnahmen zur
 verhuenderung des eintretens weiterer schaeden fuer das
 volk der ddr, aeussern sich angehoerige von dienststellen
 in der oeffentlichkeit.

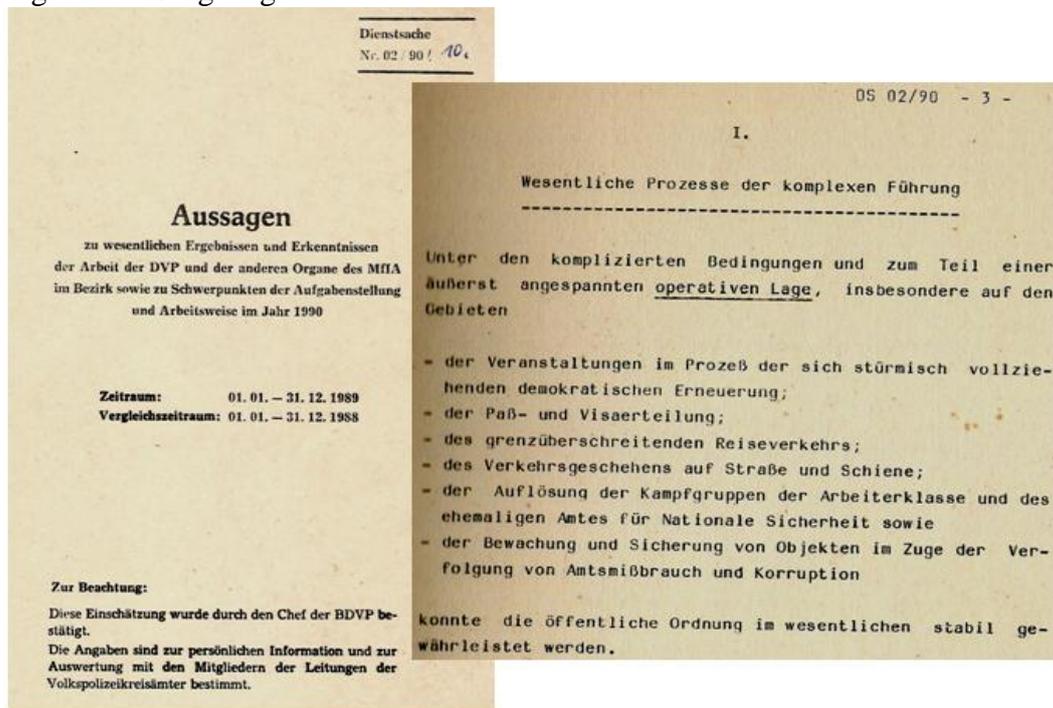
Nach dem berechtigten Vorwurf, besondere Privilegien genossen zu haben, trat Generalleutnant Griebisch am 07.12.1989 von seinem Amt als Chef der Bezirksbehörde der Volkspolizei in Potsdam zurück.³³

³¹ Märkische Volksstimme, 14.11.1989, in Kopie Archiv Autor

³² „Aufruf an alle Angehörigen und Zivilbeschäftigten des Ministeriums für innere Angelegenheiten des Bezirkes Potsdam“, Fernschreiben 813 des Chefs der BDVP Potsdam vom 05.12.1989, in Kopie Archiv Autor

³³ „Im festen Glauben, einer guten Sache zu dienen“, Forum Ethik & Berufsethik, Sonderheft Juli 1990, S. 11

Sein Nachfolger schätzte Anfang 1990 ein, dass „trotz der äußerst angespannten operativen Lage ... die öffentliche Ordnung im wesentlichen stabil gewährleistet werden“ konnte, wie der nachfolgende Auszug zeigt.³⁴



Die Veränderungen im November 1989 und 1990 führten unter den als ODH tätigen Offizieren zu Unsicherheiten in Bezug auf ihre zukünftige Verwendung. Sie rechneten sich auf Grund ihrer dienstlichen Nähe zum Chef der BDVP bzw. zu den Leitern der VPKÄ und wegen ihres fortgeschrittenen Lebensalters (die Mehrheit war Ende 50, Anfang 60 Jahre alt) keine Chancen in einer neu aufzubauenden Polizei aus. Die große Mehrzahl dieser Führungskader nutzte die im Einigungsvertrag befristete Vorruhestandsregelung für Polizeiangehörige ab dem 50. Lebensjahr bzw. mit mindestens 25 Dienstjahren, um ihren Polizeidienst ab Juni 1990 zu beenden (was übrigens der Leitlinie entsprach, so viele Führungskader wie möglich und nicht so viel wie notwendig zu entlassen)³⁵.

Deshalb rückten in den Monaten bis zum Dienstbeginn der neu aufgebauten Polizeipräsidien junge Offiziere besonders aus den Stäben und erfahrene Wachtmeister der Schutz- bzw. Verkehrspolizei in den ODH-Bereich nach.

Sie sorgten mit dafür, „dass die eingetretenen Personalprobleme nicht zu einem „polizeilichen Kollaps“ führten, weil das Selbsterhaltungsstreben, die Eigeninitiative, die Anpassungsbereitschaft, die partiell hohe Motivation und die Einstellungen: Ich war Polizist, möchte dies bleiben und stelle mich den neuen Herausforderungen, bei vielen ... Polizeiangehörigen hinreichend gegeben waren.“³⁶

Das war umso wichtiger, weil sich die Aufgabenfelder der Polizei sehr schnell veränderten (siehe Lageeinschätzung weiter oben), einige Mitmenschen plötzlich in einem rechtsfreien Raum zu leben glaubten und zugleich die Öffentlichkeit von den Medien zeitnah und offensiv über Misserfolge und Erfolge unterrichtet wurde.

³⁴ „Aussagen zu wesentlichen Ergebnissen und Erkenntnissen der Arbeit der DVP und der anderen Organe des MfIA im Bezirk sowie zu Schwerpunkten der Aufgabenstellung und Arbeitsweise im Jahr 1990“, Dienstsache Nr. 02/90/10., Archiv Autor

³⁵ Der Wandel der Volkspolizei zu einer rechtsstaatlich-demokratischen Polizei, R. Haselow, Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e.V., Verlag Schmidt-Römhild Lübeck, 2000, ISBN 3-7950-2924-4, S. 90

³⁶ ebenda, S. 105

So nutzte das Fernsehen die neuen Möglichkeiten und zeichnete in den Räumlichkeiten des ODH der BDVP Potsdam bei laufendem Dienstbetrieb mehrere Folgen der neu erfundenen Sendung „PM – Das Polizeimagazin“ auf, die später von der Sendung „Täter - Opfer – Polizei“ abgelöst wurde.

Unmittelbar nach der Grenzöffnung am 10.11.1989 begannen die ersten Kontakte zu den Kollegen aus West-Berlin. Vor allem ging es zunächst um die Bewältigung der Verkehrs- und Menschenströme.

Auf Initiative der Wasserschutzpolizei Potsdam trafen sich am 25.01.1990 zum ersten Mal nach 40 Jahren die beiden Leiter der Wasserschutzpolizeien West-Berlins und Potsdams.³⁷

Auch zwischen dem Lagezentrum beim Berliner Innensenator und der Abteilung Information der BDVP Potsdam wurde auf Berliner Bitte die Zusammenarbeit abgestimmt. Dazu gab es im ersten Halbjahr 1990 mehrere gegenseitige Arbeitsbesuche. Als letzter Leiter der Abteilung Information der BDVP Potsdam nahm der Autor an einigen Dienstbesprechungen mit den Direktionsleitern der Berliner Polizei teil. Konkrete Angebote, bei Notwendigkeit mit Einsatzkräften zu unterstützen, kamen von der angrenzenden Direktion 4.

Ab 01. 05.1990 wurden statt der seit 1952 in der Volkspolizei üblichen Offiziersdienstgrade wieder die polizeitypischen Bezeichnungen für den gehobenen und höheren Dienst eingeführt.

In dem von der Innenministerkonferenz am 29.06.1990 gefassten Beschluss zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern und der DDR wurden als Patenländer für Brandenburg Nordrhein-Westfalen und das Saarland festgelegt. Vorgesehen war von Beginn an, „die Angleichung der Polizei der DDR an die aufbau- und ablauforganisatorischen polizeilichen Strukturen in der BRD“.³⁸

Ab Herbst 1990 kamen die ersten Polizeibeamten aus dem Partnerland Nordrhein-Westfalen nach Potsdam. Die Zusammenarbeit mit der Berliner Polizei wurde auf das notwendige Maß zurückgefahren und die Polizeiarbeit stärker nach dem Vorbild NRW ausgerichtet.

Nach dem „Vertrag zwischen der BRD und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands“³⁹ vom 31.08.1990 hatte die DDR am 02.10.1990 um 24:00 Uhr aufgehört zu existieren. Die Mützenkokarden der Polizeibediensteten im Land Brandenburg wechselten von „Hammer und Sichel“ zu „Schwarz-Rot-Gold“. Aus der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) wurde die Bezirksbehörde der Polizei (BDP), aus den Volkspolizeikreisämtern (VPKA) die Polizeikreisämter (PKA). Am 14.10.1990 wurde der neue Landtag in Brandenburg gewählt.

Der Autor erhielt die Gelegenheit, im November 1990 das Lagezentrum des Innenministeriums in Düsseldorf zu besuchen, um Anregungen zur Neuorganisation der Abteilung Information der BDP Potsdam zum Lagezentrum beim Innenministerium des Landes Brandenburg zu erhalten.

Für das Land Brandenburg wurde eine neue Polizeistruktur beschlossen, deren Aufbau ab Mitte 1991 u.a. mit Aufbaustäben für die künftigen Polizeipräsidien vorangetrieben wurde.

³⁷ Die deutschen Wasserschutzpolizeien, Historisches vom Strom, Band XIV, ISBN 3-923338-23-6, S. 132

³⁸ Der Wandel der Volkspolizei zu einer rechtsstaatlich-demokratischen Polizei, R. Haselow, Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e.V., Verlag Schmidt-Römhild Lübeck, 2000, ISBN 3-7950-2924-4, S. 28

³⁹ <http://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/BJNR208890990.html>

III. Die Neustrukturierung der Polizei ab 01.11.1991

Im Land Brandenburg nahmen sechs Polizeipräsidien die Arbeit auf (Potsdam, Cottbus, Frankfurt/Oder, Eberswalde, Oranienburg und das Polizeipräsidium der Wasserschutzpolizei). Das Lagezentrum des PP Potsdam nutzte zunächst die Technik des ehemaligen VPKA Potsdam. Auch hier gab es drei ODH-Bedientische im Erdgeschoss auf der Hofseite des unmittelbar an die Bauhofstraße, heute H.-v.-Tresckow-Straße, grenzenden Gebäudes:

Gehilfe des ODH Verkehrspolizei	ODH	Gehilfe des ODH
------------------------------------	-----	-----------------



Ab Februar 1991 hatten die Polizeibediensteten Fragebogen ausgefüllt, um sich für die neue Tätigkeit zu bewerben und eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit bzw. eine besondere Systemnähe überprüfen zu lassen

Für die im Zuge der Bewerbung und ersten Überprüfung ausgewählten Dienstgruppenleiter (DGL) und Einsatzbearbeiter (EB) waren ab sofort u.a. die Polizeidienstvorschriften Führung und Einsatz (PDV 100), Ringalarmfahndung (PDV 384.1), der Erlass über die Meldung wichtiger Ereignisse (**WE-Meldungen**)⁴⁰ und die alte Kartei der Sofortmaßnahmen Arbeitsgrundlage.

In den ersten Wochen am neuen Arbeitsplatz trugen die Mitarbeiter Zivilkleidung, weil unklar war, ob und mit welchen Diensträngen jeder einzelne dauerhaft übernommen wurde⁴¹. So erhielt der Autor seinen Arbeitsvertrag am 05.03.1992 und war rückwirkend ab 01.07.1991 im Polizeipräsidium Potsdam angestellt, das am 01.11.1991 offiziell seine Tätigkeit aufnahm.⁴²

Im Jahre 1992 gingen an diesen drei alten Tischen des PP Potsdam täglich ca. 150 bis 200 Notrufe aus der Stadt Potsdam (2 Leitungen) und dem dazugehörigen Landkreis (13 Leitungen) ein. Der Dienst in fünf Schichten war vom Partnerland NRW übernommen worden. Der **Lagedienst** arbeitete im Nachbarraum. Die Fernschreibstelle und Telefonvermittlung war noch im Haus „GA“ (Anbau) untergebracht.

⁴⁰ Zum Unterschied zwischen Informationsordnung der DDR-Polizei und WE-Meldeerlaß der Polizei des Landes Brandenburg siehe Anlage 3

⁴¹ Fotos dieser Seite: Autor

⁴² Arbeitsvertrag zwischen PP Potsdam und Autor; Archiv Autor

Die Einsatzbearbeiter hatten zeitweise Mühe, die Einsatzmittel per Funk zu erreichen, weil das Funknetz von DDR-Technik auf den Standard der alten Bundesländer umgestellt wurde und die neue Technik nicht überall gleichzeitig zur Verfügung stand.

Auch Telefonverbindungen zur Berliner Polizei oder zu Dienststellen im Partnerland Nordrhein-Westfalen erforderten Einfallsreichtum und Geduld, weil die zu DDR-Zeiten gekappten Leitungen erst nach und nach aufgebaut und auf modernen Standard umgestellt werden mussten. Ein in den Raum gestelltes „West“-Funkgerät und ein damals noch riesengroßes Funktelefon bildeten in der Leitstelle den Anfang.

Das Partnerland Nordrhein-Westfalen lieferte allein bis Ende 1992 Bekleidungsstücke, Vordrucke, Videoanlagen, 135 FuStKw, 35 Kräder, das Kanalstreifenboot WSP 16, Waffen und Kriminaltechnik nach Brandenburg.⁴³

: Zu wenig Beamte, miese Funk-Ausrüstung, schlechte Autos



In der Einsatzzentrale: Oberkommissar Herbert Wittig (li) und Hauptkommissar Udo Häusler

22.09.1992

neue Handfunksprechgeräte, alter Nachrichtenbedientisch Polizeiwache Potsdam-Nord..⁴⁴

Mit der **Kreisgebietsreform** vom 05.12.1993 waren ab **Januar 1994** neue Grenzen der Polizeipräsidien wirksam: Die Anzahl der Kreise verringerte sich von 38 auf 14, die der kreisfreien Städte von 6 auf 4. Die Schutzbereichsgrenzen wurden den Kreisgrenzen angepasst. Es gab jetzt 21 Schutzbereiche mit 21 Hauptwachen und 37 Wachen im Land Brandenburg.

Im April 1994 konnten die Kollegen des **Innenministeriums ihr neues Lagezentrum**⁴⁵ in Betrieb nehmen. Hier war für 1 Mio.DM neue Technik eingebaut worden. Die Umbauzeit verbrachten sie in einem Container-Provisorium.



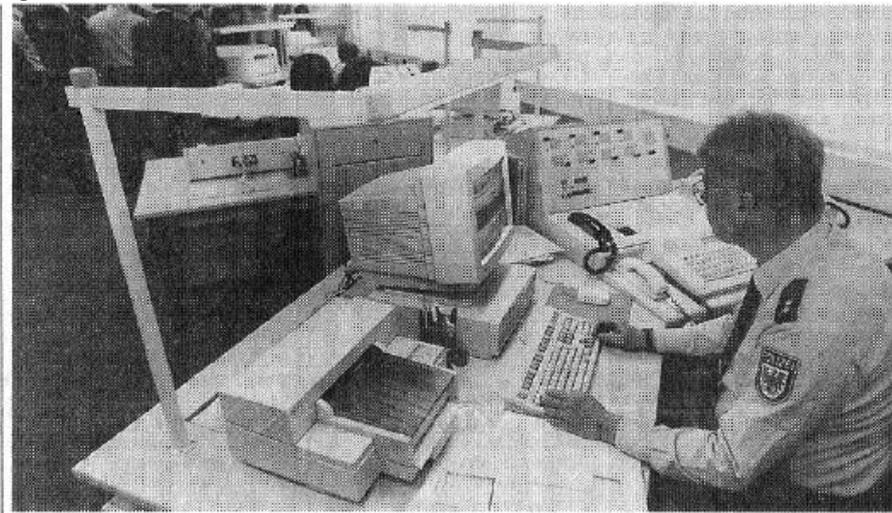
⁴³ Der Wandel der Volkspolizei zu einer rechtsstaatlich-demokratischen Polizei, R. Haselow, Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e.V., Verlag Schmidt-Römhild Lübeck, 2000, ISBN 3-7950-2924-4, S. 135, Die deutschen Wasserschutzpolizeien, Historisches vom Strom, Band XIV, ISBN 3-923338-23-6, S. 226

⁴⁴ Märkische Allgemeine Zeitung, Ausgabe Potsdam, 22.09.1992

⁴⁵ Fotos: R. Rumschüßel

Im **September 1994** bezogen auch die Bediensteten des **PP Potsdam** ihre **neue Leitstelle** im Block „G“ rechts vom Flur (gegenüber dem LZ MI BB). Die alte Leitstelle an der H.-v.-Tresckow-Straße wurde nach Umbau zur Polizeihauptwache Potsdam, dann Polizeiwache Potsdam-Mitte, jetzt Polizeirevier Potsdam.

Die Leitstellentechnik kostete 1,4 Mio DM. Für die Baumaßnahmen wurden 850 TDM eingesetzt. An 5 Bedientischen wurden in 24 Stunden ca. 180 Notrufe bearbeitet. Das war die Zeit, als die Mobilfunknetze aufgebaut wurden. Viele per Funktelefon eingehende Anrufe waren für andere bestimmt (Berlin, Frankfurt/Oder). Etwa 50 Anrufe waren blinder Alarm, Beschimpfungen usw.



Mit moderner Technik ausgerüstet wurden die Beamten in der Präsidiums-Leitstelle. Foto: Littwin

Die neue Leitstelle des PP Potsdam.⁴⁶

Die Gewerkschaft der Polizei fragte 1995 in einem Flyer⁴⁷:

Leitstelle und Lagedienst, modern um jeden Preis?

Nach Ansicht der GdP-KG Potsdam gilt es vieles in der Leitstelle und im Lagedienst zu verändern, wenn wir nicht die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen aufs Spiel setzen wollen.

Viele Mißstände sind seit langem bekannt und wurden bis zum heutigen Tag nicht abgestellt:

- die phonetische Beeinflussung ist für die Mitarbeiter im Bereich der Leitstelle unerträglich,
- die Streßbelastung hat ihre Grenze erreicht bzw. überschritten (streßbedingte Erkrankungen bei den Mitarbeitern sind die Folge)
- die Staubablagerung durch die Arbeit mit Großkopierer und Aktenvernichter haben nach unserer Ansicht gesundheitliche Folgen für unsere Mitarbeiter/innen und wirken sich auch auf die Lebensdauer der Technik aus
- die Bestuhlung entspricht nicht den tatsächlichen Erfordernissen unserer Mitarbeiter
- Köpfförergarnituren müssen für jeden Mitarbeiter aus hygienischen Gründen bereitgestellt werden
- undichte Fenster im Lagedienst führen zu Luftzugserscheinungen im Sommer und Winter

⁴⁶ Märkische Allgemeine Zeitung (MAZ), Ausgabe Potsdam vom 10.09.1994

⁴⁷ Flyer GdP-Kreisgruppe Potsdam, Mai 1995, Kopie Archiv Autor

Welche Auswirkungen diese Arbeitsbedingungen haben können, das zeigte sich auf tragische Weise im gleichen Jahr⁴⁸:

Polizist bei Schießerei verletzt
30.192 ● Einbruchserie endete Dienstag nacht dramatisch
Brandenburg (MAZ). Lehnir brachen unbekante ganz oben Genannte gemel-

„Unter der Uniform steckt immer ein Mensch“
Schweigemarsch als Ausdruck der Solidarität von Bürgern und Polizei
230891

Er hatte sich etwa eine Minute zuvor noch einmal über Funk gemeldet: „Beeil dich, ich habe einen Messerstich in der Brust!“ Doch sein letzter Funkspruch wird nicht gehört, ist nur auf dem Funkmitschnitt dieser Nacht.



Am Sonntag, dem 20. August 1995, wurde unser Kollege Martin Heinze in Ausübung seines Dienstes tödlich verletzt.
Martin hinterläßt seine Ehefrau Sabine und seine zwei Töchter Julia und Andrea. In seinem bisherigen Schutzbereich reißt sein Tod eine schmerzliche Lücke.

Zu schaffen machten den Polizeibediensteten in den Schutzbereichen und natürlich den Mitarbeitern in der Leitstelle außerdem:

- Rechts- und Linksextremisten mit Aufzügen und Plakatierungen, Schlägereien,
- Besetzung von Häusern im Potsdamer Zentrum und Ruhestörung,
- die ersten Schüsse auf Polizeibeamte nach einem Einbruch bei Brandenburg/Havel,
- Gruppenrandalen (Baumblüte Werder, Silvester, Herrentag usw.),
- zerstörte Haltestellen von Bus und Straßenbahn,
- Illegale Autorennen im Bereich Mahlow und auf alten Militärliegenschaften,
- Waffendiebstähle und -handel (WGT, Polizei, Bundeswehr),
- Raubüberfälle auf Poststellen, Geldinstitute,
- Revolten in und Ausbrüche aus Justizvollzugseinrichtungen,
- Bombendrohungen,
- Angriffe auf Asylbewerber und ihre Heime (z.B. Brand Ketzin),
- Sensationshascherei bestimmter Medien.

Das alles musste bewältigt werden, obwohl gleichzeitig die **Aus- und Fortbildungsmaßnahmen** zur Aneignung der grundlegendsten bundesrepublikanischen Rechtskenntnisse und Polizeibegriffe auf vollen Touren lief:

- vier Wochen Grundseminar für ehemalige VP-Angehörige
- mittlerer Dienst 300 Stunden Fortbildung mit Leistungsnachweis
- gehobener Dienst 600 Stunden Fortbildung mit Leistungsnachweis in den Fächern

⁴⁸ Märkische Allgemeine Zeitung, Ausgabe Potsdam

Polizeirecht, Strafprozessuale Maßnahmen, Strafrecht, Verkehrsrecht, Verkehrsunfallaufnahme, Einsatzlehre; gehobener Dienst zusätzlich Verhalten gegenüber Medien, Führung in besonderen Lagen usw

Außerdem gab es Hospitations- und Austauschprogramme mit Dienststellen NRW und umgekehrt. Im März 1993 konnte der Autor für zwei Wochen die Arbeit der Leitstelle des Polizeipräsidiums in Bonn studieren. Später haben Dienstgruppenleiter aus Bonn unsere Arbeit in der Potsdamer Leitstelle beobachtet und uns gute Fortschritte auf dem Weg zur rechtsstaatlich-demokratischen Polizei bescheinigt.

Im Schutzbereich Potsdam wurde 1992 eine Dienstschicht E⁴⁹ (unter dem Spitznamen „Turtles“, bekannt geworden) gebildet, die vorwiegend nachts Dienst verrichtete. Bis 1995 wurden diese Kollegen häufig zur Lösung sich anbahnender Probleme Präsidiumsweit eingesetzt (unangemeldete Versammlung Rechter, illegale Autorennen usw.).

Aus für die „Turtles“: Eingreiftruppe der Polizei aufgelöst

31.8.95 Polizeidirektor: „besonderer Korpsgeist“ / Aktueller Anlaß fünf Strafanzeigen gegen Beamte

Die sogenannte E-Schicht der Polizei im Schutzbereich Potsdam ist jetzt aufgelöst worden. Das bestätigte Polizeidirektor Peter Schultheiß am gestrigen zweiten Verhandlungstag im Prozeß um die Hausbesetzerkrawalle von 1993. Die E-Schicht war wegen angeblicher brutaler Übergriffe auf Demonstranten ins Gerede gekommen. Allein 16 Strafanzeigen gegen Beamte wegen Freiheitsberaubung, Körperverletzung und Nötigung wurden nach den Auseinandersetzungen mit jugendlichen Hausbesetzern am 22. September 1993 in der Gutenbergstraße gestellt.

Aktueller Anlaß zur Auflösung der Truppe war ein Einsatz in Bad Liebenwerda im April 1995, als es in einer Großdiskothek zu Auseinandersetzungen mit dem Publikum kam. Auch hier gab es fünf Anzeigen gegen Potsdamer Polizisten.

Schultheiß behauptete, daß in den drei Jahren des Bestehens der E-Schicht „nicht mehr als 20 Anzeigen“ erstattet worden seien, mußte sich aber vorrechnen lassen, daß allein in den beiden Fällen sich die Strafanträge schon auf 21 summierten.

Die Rechtsanwältin eines der angeklagten Jugendlichen verwies auf eine im Juli stattgeführte Hauptverhandlung, in der ein Vertreter der Staatsanwaltschaft Beamten der E-Schicht „besondere Brutalität“ attestiert haben soll. Damals wurden die Angeklagten freigesprochen, nachdem die Polizisten als Zeugen widersprüchliche Aussagen gemacht und Dienstvorschriften verletzt hatten. Beispielsweise unterschrieb ein Polizist ein Protokoll über eine Festnahme, obwohl diese ein Kollegen vorgenommen hatte.

Schultheiß räumte ein, daß die Beamten durch ihren Dienst als „Feuerwehr der Polizei“ einem besonderen Druck ausgesetzt gewesen seien. Alle Strafverfahren gegen die Polizisten seien aber eingestellt, lediglich ein Kollege sei intern diszipliniert und in den Innendienst versetzt worden. Die E-Schicht wurde 1992 gebildet. Die Beamten begannen ihren Dienst grundsätzlich erst um 20 Uhr. Sie wurden zur Sicherung von Verkehrskontrollen, Autobahneinsätzen und Staatsbesuchen eingesetzt. An mehreren Räumungen besetzter Häuser waren sie auch beteiligt. Schultheiß bestritt, daß sich die E-Schicht als Eliteeinheit betrachtete, gab aber zu, „daß dort ein besonderer Korpsgeist“ herrschte. Die Spezial-

einsatzkommandos SEK sahen in der Truppe eine Konkurrenz und selbst im Schutzbereich sei sie nicht beliebt gewesen. Kollegen bedachten sie mit Spitznamen wie „Turtles“ oder „Gummibärchenbande“. Für die Polizisten war keine besondere Bewaffnung oder Ausrüstung bereitgestellt worden. Schultheiß selbst habe unterbunden, daß sich die Beamten auf eigene Faust sogenannte Tonfas-Schlagstöcke besorgt hatten. Diese Instrumente sind zusätzlich mit einem rechtwinklig abstehenden Griff ausgestattet und ausschließlich den SEK vorbehalten. A. Wirsing

Sonderlagen wurden in einem im Haus „GA“ angrenzenden, spartanisch eingerichteten Nebenraum⁵⁰ abgearbeitet, in dem früher die Relais der DDR-Telefonanlage der Polizei-Bezirksbehörde installiert waren.



⁴⁹ Märkische Allgemeine Zeitung, Ausgabe Potsdam, 31.08.1995

⁵⁰ Foto: K.-H. Böhm

Zum Funkverkehr hieß es noch in einem Schreiben vom **November 1995** an den Leiter Abt. Einsatz/Ermittlungen⁵¹:

„ der o.g. Funkkanal ist während der Nachtstunden sehr häufig mit starken Störungen, wie starkem Rauschen, Verzerren der Durchsagen, Tonnengeräuschen etc. belastet. ... Die Störungen ... sind derart stark, dass ein Führen von Kräften nicht mehr möglich ist....Diese Funkqualität wird in keiner Weise polizeilichen Ansprüchen gerecht und gefährdet die eingesetzten Beamten wie die Erfüllung polizeilicher Aufgaben erheblich....

Ein Nachtdienst auf der Leitstelle ... hat mir verdeutlicht, dass die Einsatzbearbeiter der Leitstelle unter nicht hinnehmbaren akustischen Bedingungen arbeiten müssen, die Durchsagen der verschiedenen Funkkanäle überlagern sich gegenseitig, ein gezieltes Mithören am Funk bzw. ein konzentriertes Arbeiten ist teilweise nicht mehr möglich....“

Probleme bereitete zeitweise die anschwellende Lautstärke zu Schwerpunktzeiten und bei Sonderlagen, weil nur per Telefon bzw. Mikrofon und Lautsprecher (Funk) gearbeitet wurde. Headsets gab es noch nicht. Jeder wollte aber hören und gehört werden.

Anfangs gingen in dieser Leitstelle nur die Notrufe aus der Stadt und dem alten Landkreis Potsdam sowie der Stadt Brandenburg/Havel ein.

Erst ab **Februar 1996** konnten **auch die Notrufe aus den Kreisen Dahme-Spreewald, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming** hier entgegengenommen werden. Ca. 450 Notrufe wurden jetzt in 24 Stunden bearbeitet.

Da Ortskenntnis für eine sinnvolle Auftragserteilung an die Einsatzkräfte sehr wichtig war und noch keine anderen Einsatzhilfen auf dem Computer zur Verfügung standen, halfen Kollegen aus den neu zugeschalteten Schutzbereichen in der Leitstelle aus. Erst nach und nach haben die Leitstellenmitarbeiter die bisher in Papierform vorhandene Kartei der Sofortmaßnahmen für die Abarbeitung der unterschiedlichsten polizeilich relevanten Sachverhalte in Dateiform in die Computer eingegeben und in die bekannten Checklisten umgearbeitet.

Anfang 1996⁵² wurde der Zentraldienst der Polizei für Technik und **Beschaffung** des Landes Brandenburg (ZTB) mit der Anschaffung eines **Einsatzleitsystems** für die Brandenburgische Polizei beauftragt.

Mit dem System sollten den Sachbearbeitern solche Hintergrunddatenbanken zur Verfügung stehen, wie

- Straßen-, Orts- und Objektdatenbanken,
- Telefonbuch,
- Kfz-Sicherstellung,
- Abschleppfirmen,
- Kranken-/Leichenwagen,
- Blutentnahme,
- Bereitschaftspersonen (Gas, Wasser, Strom usw.),
- Schlüsselträger,
- Sensible Betriebe nach § 30 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BbgPolG,
- Gefahrenmeldeanlagen in Institutionen.

Der Ort des Anrufes von Notrufen sollte dem Sachbearbeiter vom System angezeigt werden.

⁵¹ Kopie Schreiben vom 10.11.1995 an Leiter Abt. E/E, Archiv Autor

⁵² Landesdatenschutzbeauftragter Brandenburg, 6. Tätigkeitsbericht 1997/1998, Einsatzleitsystem der Polizei; www.lida.brandenburg.de

Im **April 1996** wurde die neue **Leitstelle des Polizeipräsidiums der Wasserschutzpolizei** des Landes Brandenburg in Betrieb genommen. Zuvor wurde die alte DDR-ODH-Technik auch hier, im ehemaligen Transportpolizeiamt (TPA) Potsdam, An der Pirschheide, genutzt.



Einzel-PC für Schiffskontrolldatei⁵³



Von der neuen Leitstelle aus alles im Griff: Innenminister Alwin Ziel, Polizeirat Peter Schröder und die Präsidentin der brandenburgischen Wasserschutzpolizei, Monika Scheuffler (v.l.). Foto: Joachim Liebe

In dieser Leitstelle gab es je einen Arbeitsplatz für den DGL und den Einsatzbearbeiter. Es waren keine Notrufleitungen geschaltet. Die telefonische Erreichbarkeit wurde unter den Berufsschiffen, den Wassersportlern und Fischern durch viele persönliche Kontakte in der Präventionsarbeit, durch Flyer und andere Veröffentlichungen bekannt gemacht. Viele polizeilich relevante Einsätze wurden aber auch von den Land-Präsidien übermittelt, bei denen die Notrufe aufliefen.

Im Unterschied zu den territorial begrenzten „Land“-Präsidien wurden von hier aus die Boots- und KFZ-Streifen im ganzen Land Brandenburg per Funk geführt. Anfangs gelang das nicht immer, so dass Informationen telefonisch über die jeweils örtlich zuständige Wasserschutzpolizei-Station von unten nach oben und umgekehrt gegeben werden mussten.

Die Zahlen der von dem DGL und seinem Einsatzbearbeiter aufgemachten Einsätze schwankte zwischen ca. 250 im Monat Januar und fast 800 im Juli bzw. August. Sie waren naturgemäß von Jahreszeit und Wetterlage abhängig, weil die ca. 180.000 Sportboote der Länder Berlin und Brandenburg hauptsächlich in den wärmeren Monaten bei Sonnenschein unterwegs sind und die Berufsschiffahrt aus vielen Gründen in den letzten Jahren weniger Auftragsfahrten hat..

Der Pilotbetrieb des Einsatzleitsystems für die Polizei (**ELBOS**) wurde mit Echtdatein in der Leitstelle des PP Oranienburg von **1996 – 1998** getestet. Danach wurde es schrittweise bei allen anderen Leitstellen der Polizei des Landes Brandenburg eingeführt. Dazu war eine enorme Vorbereitungsarbeit erforderlich, um alle notwendigen Daten in das System einzupflegen. Ebenso wichtig ist die ständige Pflege der vorhandenen Daten, um täglich aktuelle Angaben zu haben. Damit betraut sind die Mitarbeiter des LZ 03.

Fast zeitgleich, Ende 1999, wurde das Polizeiliche Auskunftssystem Straftaten (**PASS**) als Nachweissystem zu Personen und Sachen im Zusammenhang mit Straftaten eingeführt.

Mit der Neuorganisation der Polizei war untrennbar die völlige Erneuerung des Nachrichtensystems verbunden. Die veraltete Telefentechnik wurde durch Systeme von Siemens oder AEG ersetzt. Die lauten Fernschreibmaschinen wurden von Computersystemen verdrängt. Die Mitarbeiter/-innen mussten in kürzester Zeit lernen, die neue Technik zu beherrschen.

⁵³ Foto links: F. Heinichen; Foto rechts: MAZ, Ausgabe Potsdam vom 02.04.1996



Die Fernschreibstelle/Vermittlung PP Potsdam im Block „GA“ im Oktober 2002⁵⁴

Die neuen Leitstellentische sind, wie auch die NBA der DDR, Gestelle in die die jeweils aktuellsten vom Land beschafften Module der Fernsprech-, Funk-, Signal- und Computertechnik eingebaut und miteinander vernetzt werden. Entsprechend den Bedürfnissen der jeweiligen Dienststelle werden sie baukastenartig zusammengefügt.

So haben auch die Polizeiwachen derartige Technik erhalten, wie hier die Wachen in Potsdam und Babelsberg.⁵⁵



Immer wieder gab es Diskussionen zu dem ungesunden Wechselschichtdienst, der die Mitarbeiter belastet. Nicht immer konnten die zugesicherten freien Wochenenden gewährleistet werden. So wurde das Polizeipräsidium der Wasserschutzpolizei im März 1998 vom Innenministerium des Landes Brandenburg beauftragt, ein Pilotprojekt „Anlassbezogenes Schichtdienstmanagement“ (ASM)⁵⁶ durchzuführen. Seit 01.01.2000 nahmen die DGL und EB der Leitstelle des WSPP BB an diesem Projekt teil und haben es bis zur Auflösung Ende Juni 2002 mit wachsender persönlicher Zufriedenheit umgesetzt.

In der Bundesrepublik ist das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) federführend in der **Verschlüsselungstechnik**.

⁵⁴ Foto: K.-H. Böhm

⁵⁵ Fotos: Autor

⁵⁶ G. Neue, „Schichtdienst-Organisation, Kompromiss zwischen individuellem Wunsch und dienstlicher Notwendigkeit“, in POLIZEI – heute, Heft 4, 31. Jahrgang, R. Boorberg-Verlag, S. 158 - 160

Geheimzuhaltende schriftliche Nachrichten wurden per Lochstreifengerät codiert und dann mit einem Fernschreiber an den Empfänger übermittelt. Hier musste die Nachricht wieder decodiert werden. Die notwendigen Codierschlüssel wurden bundeseinheitlich genutzt und auf entsprechenden Wegen sicher versandt. Die Räumlichkeiten, in denen diese Technik stand, waren abstrahlungsarm und nur durch die dazu befugten Mitarbeiter zu betreten. In diesem Raum stand auch ein Fernsprechapparat, mit dem mündliche vertrauliche Nachrichten übermittelt werden konnten, weil auch dessen Nachrichtensignale automatisch codiert bzw. decodiert wurden. Das alte DDR-S1-Netz war bereits 1989 abgeschaltet worden.

Im Jahre **2002** wurde diese Technik modernisiert. Ab diesem Zeitpunkt kamen auch hier Computersysteme zum Einsatz, wie das Elcrodac 6.2., das die Nachrichtensignale für den Computer bzw. das Telefon ver- und entschlüsselt. Auch diese Geräte stehen in abstrahlungsarmen, technisch besonders gesicherten und nur von befugten Mitarbeitern zu betretenden Räumen.

IV. Zwei Polizeipräsidien im Land Brandenburg

Nach einer neuerlichen **Reform der Polizei** gab es im Land Brandenburg ab **01.07.2002** nur noch **zwei Polizeipräsidien**, nämlich in Potsdam und Frankfurt/Oder. Das Präsidium der Wasserschutzpolizei wurde aufgelöst, die WSP-Stationen den jeweiligen Schutzbereichen zugeordnet. Damit reichten die alten Leitstellen in Potsdam und Frankfurt/Oder nicht mehr aus und mussten angepasst werden. In Potsdam wurde am 27.09.2002 der Grundstein für die neue Leitstelle gelegt. Bis zu ihrer Übergabe wurden für den Bereich des PP Potsdam die Notrufe in der alten Leitstelle bearbeitet, aus Kapazitätsgründen jedoch die Notrufe für den Bereich des ehemaligen PP Oranienburg in der Außenstelle Oranienburg (der ehemaligen Leitstelle des PP Oranienburg) belassen.

Der Innenminister übergab dem Potsdamer Polizeipräsidenten am **03.12.2003** die Schlüssel für die neue **Leitstelle im Objekt Potsdam-Eiche**. Der Bau hat 10 Millionen Euro gekostet. An 8 Bedientischen werden nun die Notrufe aus dem gesamten Präsidiumsgebiet bearbeitet. Die Außenstelle Oranienburg wurde geschlossen.



Foto: Autor

Der **Sonderlageraum** schließt an die Leitstelle an und kann durch verschiebbare Trennwände mit ihr verbunden werden.

Foto: Autor



Der **Lagedienst** ist in unmittelbarer Nähe der Leitstelle untergebracht. Bei ihm laufen auch die Informationen der Bürger über die **INTERNET-Wache** ein und werden entsprechend gesteuert. Mit der Verlagerung der Übermittlung schriftlicher Nachrichten vom Fernschreiber auf den E-Mail-Dienst per Computernetzen wurde die Fernschreibstelle überflüssig.

Ständig wird an der Verbesserung der technischen Ausstattung gearbeitet, damit den Mitarbeitern der Leitstelle zu gemeldeten Notfällen automatisch immer genauere Zusatzinformationen für die Entscheidungsfindung zur Verfügung stehen und die Interventionszeit (darunter versteht man den Zeitraum vom Eingang des Notrufes bis zum Eintreffen der Polizeibeamten am Ereignisort) weiter verkürzt werden kann.

Allein in der Potsdamer Leitstelle gehen über 24 Stunden ca. 800 Notruf-Meldungen ein. Zieht man die Doppelmeldungen z.B. zu Verkehrsunfällen ab, dann geben die acht Einsatzarbeiter immer noch etwa 500 Einsatzbefehle pro Tag heraus, bei denen meist Minuten zählen.

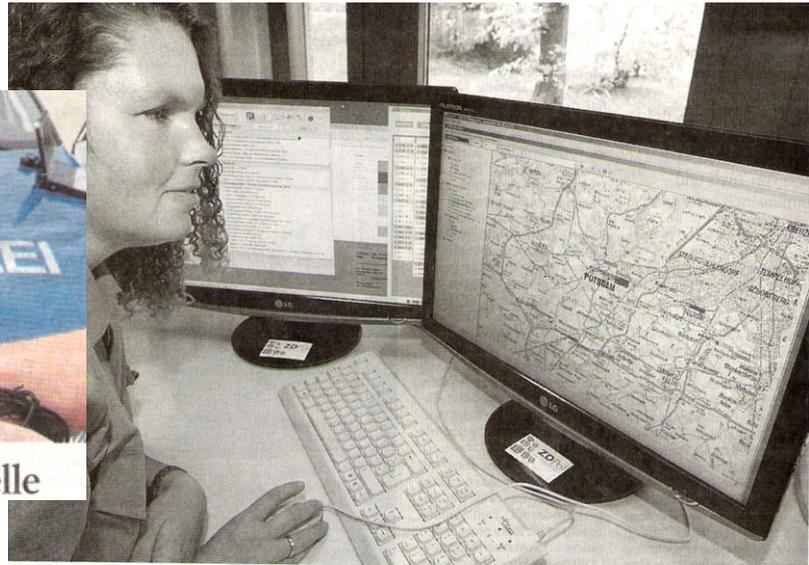
Deshalb wurde im **September 2009** die **Einsatzmittellokalisation (ELOK)** eingeführt. Alle 40 Sekunden funkt jeder der ca. 350 Streifenwagen seine Position an die Leitstellen in Potsdam bzw. Frankfurt (Oder). Die Signale bilden die Position der Fahrzeuge auf einer digitalen Landkarte auf dem PC des Einsatzbearbeiters in der Leitstelle mit einer Genauigkeit von drei bis fünf Metern ab. Gleichzeitig kann dort der Einsatzstatus der Fahrzeuge dargestellt werden.

Dadurch ist es den Leitstellen der beiden Polizeipräsidien möglich, über Zuständigkeitsgrenzen hinweg das Fahrzeug einzusetzen, das den Einsatzort am schnellsten erreichen kann. Seit Juni 2009 ist die Visualisierung der Funkstreifenwagen auch in den Polizeiwachen möglich, so dass der Dienstgruppenleiter die Funkstreifenwagen im örtlichen Bereich gezielt koordinieren und einsetzen kann.

Bisher musste das für den jeweiligen Streifenbezirk zuständige Fahrzeug angesprochen werden und seinen Standort melden. Ein Fahrzeug im benachbarten Streifenbezirk, das möglicherweise näher am Notfallort gewesen wäre, blieb dagegen unberücksichtigt, da seine Positionen nicht bekannt waren. Damit konnte ein eigentlich unnötiger Zeitverlust bis zum Eintreffen der Polizei am Einsatzort eintreten.



Mit GPS schnell zur Stelle



Polizeihauptkommissarin Beate Rahn lokalisiert am Computer mit Hilfe von Elok die Position der Streifenwagen. FOTOS: MAZ/MICHAEL HÜBNER

Fotos⁵⁷

Nach dem Umzug der Leitstelle des PP Potsdam in das Objekt Potsdam-Eiche bezog das Lagezentrum des Innenministeriums⁵⁸ ebenfalls Ende 2003 nach Umbau und Neuausstattung die Räumlichkeiten der ehemaligen Leitstelle PP in der H.-v.-Tresckow-Straße im Block „G“, rechte Seite.



Mit der **Strukturreform 2011** wurde das Lagezentrum Innenministerium zum Lagedienst Bund/Land und bezog Räumlichkeiten im Lagezentrum des PP Potsdam in Potsdam-Eiche unmittelbar neben der Leitstelle/Lagedienst.

AUSBLICK

Im Juli 2010 gab der damalige Innenminister Rainer Speer bekannt, dass es künftig nur noch ein Polizeipräsidium geben wird. Auch dann wird es die Leitstelle geben.

Die technische Vervollkommnung der Leitstelle/n wird weitergehen. Damit einher geht seit 2004 die Erprobung der „interaktiven Funkstreifenwagen“. Ende 2010 soll die Technik serienreif sein⁵⁹. Dann können die EB in der Leitstelle die von den Kameras dieser FStW aufge-

⁵⁷ Märkische Allgemeine Zeitung, Ausgabe Potsdam, 22.09.2009

⁵⁸ Fotos R. Rumschüßel

⁵⁹ Märkische Allgemeine Zeitung, Ausgabe Potsdam, 21.07.2010

nommen Bilder bei Bedarf mit verfolgen. Das bordeigene Vorgangsbearbeitungssystem, zu dem auch die Leitstelle Zugriff haben wird, wird den Sprechfunkverkehr weiter minimieren und auf das Notwendigste beschränken. Möglich wird das, weil die Streifenwagenbesatzung Kennzeichen- und Fahndungsabfragen selbst erledigen und Hinweise zu den Objekten, die kontrolliert werden sollen, bei der Anfahrt auf dem Bildschirm sehen kann. Der VPN-Zugang des Car-PC erfolgt zum Polizeinetz über VPN-Server. Die verschlüsselte End-to-End Übertragung ist dabei gewährleistet.

Die Umstellung des analogen Polizeifunkes auf die TETRA-Digitalfunktechnik wird aktiv vorbereitet. Ca. 140 Funkmasten werden aufgebaut. Anfang 2011 waren etwa 40 % der Funkstandorte im Land Brandenburg fertig. Im Bereich des Berliner Rings entlang der BAB 10 laufen die Tests. Auf Großveranstaltungen wie dem Werderaner Baumblütenfest sowie bei Sondereinsatzlagen sind „Endgeräte-Tests“ durchgeführt worden.

Zu den Aufgaben der Leitstelle werden auch weiterhin gehören, die:

- Zentrale Bearbeitung von Notrufen
- Zentrale Vergabe von Einsätzen
- Führung von Sofortlagen, Koordination der Einsatzmaßnahmen und Durchführung erforderlicher Alarmierungen
- Kontrolle von Einsätzen, Benachrichtigung weiterer Stellen im Bedarfsfall
- Führung Lagebild, Einsatztagebuch, Einsatzbelastungsstatistik
- Gewährleistung einer 24-stündigen Erreichbarkeit der Polizeibehörde
- Wahrnehmung von Aufgaben des Lagezentrums in Abwesenheit
- Wahrnehmung von Aufgaben der Pressestelle in Abwesenheit, Alarmierung und Information der Pressesprecher bei besonderen Lagen

V. Ein Polizeipräsidium im Land Brandenburg

Nach entsprechendem Auftrag durch den Brandenburger Landtag stellte im April 2011 das Innenministerium unter dem neuen Innenminister Dr. Woidke den Vorschlag der Kommission „Polizei Brandenburg 2020“ für die neue Struktur der Polizei und den Bericht des Aufstabes vor.⁶⁰

Künftig gibt es im Land Brandenburg nur noch ein Polizeipräsidium, zu dem der Behördenstab u.a. mit dem Lagezentrum gehört. Im Lagezentrum sind angesiedelt:⁶¹

- der Lagedienst Bund/Land (bisher Lagezentrum Innenministerium),
- der Lagedienst Polizeipräsidium,
- die Leitstelle,
- die Koordinierungsstelle Großraum- und Schwertransporte,
- der Geheimschutz.

⁶⁰ Präsentation Zwischenbericht „Vorschlag Binnenstruktur, Dienstposten und Standorte“ und Konzept zur Umsetzung der Neuorganisation einschließlich der Stellenbesetzung/ Personalzuordnung“, 01.04.2011, veröffentlicht auf <http://www.mi.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.218039.de>

⁶¹ Bericht „Vorschlag Struktur, Stellen/Personal, Standorte“, 01.04.2011, veröffentlicht auf <http://www.mi.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.218039.de>

Am 01.07.2011 führte der Innenminister den Polizeipräsidenten und die Leiter der Direktionen (Fachdirektion LKA, Fachdirektion Besondere Dienste und Direktionen Nord, Ost, Süd und West) in ihre Ämter ein. Den Direktionen werden 16 Inspektionen mit 29 Revieren nachgeordnet sein. Weil erfahrungsgemäß nicht alle Einsätze auf in der Leitstelle eingehenden Notrufen beruhen, bei Veranstaltungen z. B. planbar sind, werden voraussichtlich künftig ca. ein Drittel aller Einsätze in den Inspektionen eröffnet (und nicht mehr in der Leitstelle des PP, die aber diese Einsätze kontrolliert). Daher wird es in den Inspektionen neben dem DGL und WDF auch die Einsatzbearbeiter-Planstelle geben

Mit der Einsetzung der Inspektions- und Revierleiter in ihr Amt wurde die neue Struktur der Polizei im Land Brandenburg ab 01.11.2011 wirksam.

Bis zur Schaffung der baulichen und technischen Voraussetzungen für eine einzige Leitstelle in Potsdam-Eiche wird die Leitstelle Frankfurt/Oder als Außenstelle weiter arbeiten.

Die bisherigen Funktionen des LZ 02 im Lagezentrum wurden zur Vermeidung von Informationsverlusten und Doppelarbeit dem Stabsbereich 1 (Einsatzangelegenheiten, Kriminalitätsgeschehen bzw. Verkehrsangelegenheiten) zugeordnet.

Die Führungsstellen in den Schutzbereichen wandelten sich zu den Führungsdiensten der Direktionen und Inspektionen.

Für alle Mitarbeiter des gehobenen und höheren Dienstes war mit dieser Reform wiederum eine berufliche Neuorientierung verbunden. Diese Mitarbeiter mussten sich seit 1990 nun schon zum dritten Mal für eine Stelle ihrer Wahl bewerben.

Gegenwärtig wird in den Medien darüber diskutiert, wie sich die Kommunen entsprechend des in den ländlichen Regionen vorherzusehenden Bevölkerungsschwundes oder des demographischen Wandels weiter entwickeln sollen. Daraus können sich weitere Anpassungserfordernisse für die Polizei ergeben, für die aber mit der jetzigen Polizeireform die besten Voraussetzungen gegeben sind.

VI. Weitere Leitstellen in Potsdam

Am Standort des ehemaligen Präsidiums der Wasserschutzpolizei des Landes Brandenburg hatte das **Lagezentrum Brand- und Katastrophenschutz im Ministerium des Innern (LZBK)**⁶² des Landes Brandenburg ab 2002 seinen Sitz. Leitstelle und Sonderlageraum des WS-PP wurden nach ihrer Modernisierung weitergenutzt.



Das LZBK wechselte in der ersten Jahreshälfte 2011 in das ehemalige Lagezentrum des Innenministeriums in Potsdam, H.-v.-Tresckow-Straße, Block „G“.

In der Potsdamer Holzmarktstraße bezog am 15.01.2010 die Potsdamer Feuerwehr ihr neues Einsatzgebäude und mit ihr die **Regionalleitstelle Nordwest**⁶³. Sie ist zuständig für die Stadt Potsdam sowie für die Kreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Havelland. Die Mitarbeiter der Leitstelle sind an zehn modernen, computergestützten Arbeitsplätzen in der Lage, sofort die Alarmierung der erforderlichen Fahrzeuge auszulösen.



⁶² Foto: W. Schmidt

⁶³ Feuerwehr Potsdam

Das am 01.03.2008 geschaffene **Bundespolizeipräsidium** hat seinen Sitz in Potsdam bezogen. Maßgeblich dazu beigetragen hat die Tatsache, dass das Einsatzführungskommando der Bundeswehr in der Nähe arbeitet.

In der Abteilung 1 (Lage und Auswertung) des Präsidiums der Bundespolizei arbeitet ein Referat 11 (**Führungs- und Lagedienst**)⁶⁴, zu dem natürlich die Leitstelle und der Sonderlageraum gehören.



Noch arbeiten diese Kollegen in einem Provisorium. Ein Neubau ist aber bereits in Planung und wird die Arbeitsbedingungen wesentlich verbessern.

Die größte und am besten ausgestattete Leitstelle (**OpZ = Operationszentrale**)⁶⁵ gehört zum **Einsatzführungskommando der Bundeswehr**, das seit Juli 2001 seinen **Sitz** in der Henning-von-Tresckow-Kaserne in Geltow hat.



⁶⁴ Foto: W. Schmidt

⁶⁵ Fotos aus der Vorstellungsbroschüre des Presse- und Informationszentrums des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr „Einsatzführungskommando der Bundeswehr“, 4. Auflage, Juni 2009



Die Operationszentrale - kurz OpZ genannt - ist der Ort, an dem alle wichtigen Informationen aus den weltweiten Einsätzen und für die Einsätze zusammenlaufen.

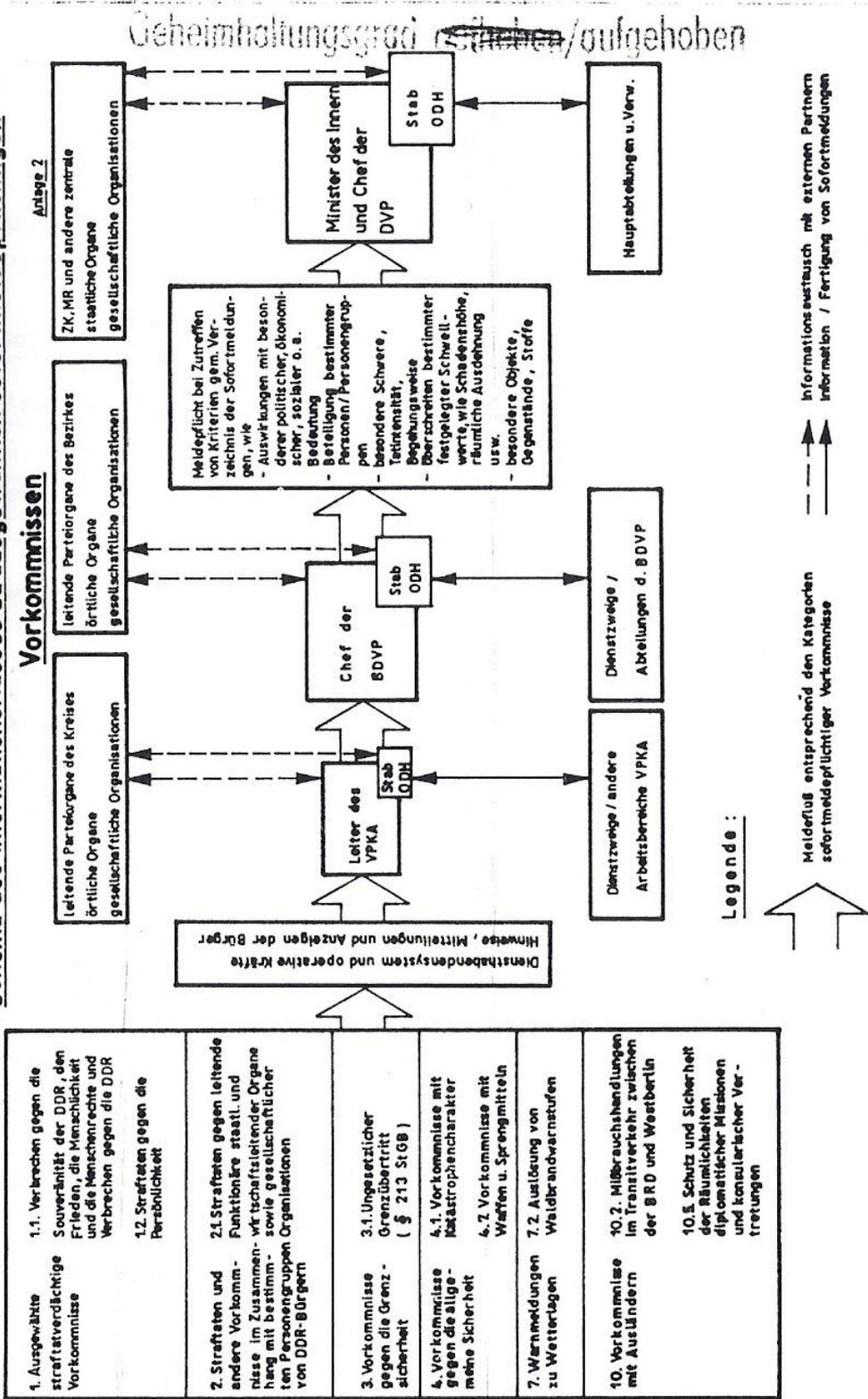
Fachleute aus allen Abteilungen des Einsatzführungskommandos sind hier im Schichtbetrieb Tag und Nacht ständig präsent. Sie werten die Nachrichten aus und geben sie in die Weiterverarbeitung.

Die so aufbereiteten Daten dienen zum einen zur Unterrichtung der Politischen Leitung und militärischen Führung und zum anderen entstehen daraus die täglichen Befehle und Weisungen, die das Kommando an die Einsatzkontingente gibt.

Die Kommunikationstechnik in der Operationszentrale repräsentiert den modernsten Standard und entspricht zugleich allen Anforderungen der militärischen Sicherheit, wie etwa bei der Verschlüsselung von Informationen.

In manchen Fällen führt der Befehlshaber die Operationen direkt von seinem Platz in der OpZ. Über Video-, Telefon- und Datenleitungen kann er jederzeit Verbindung zu den deutschen Einsatzkontingenten aufnehmen und sich bei Bedarf auch live ein Bild von der aktuellen Entwicklung vor Ort machen.

Schema des Informationsflusses zu ausgewählten sofortmeldepflichtigen Vorkommnissen



Anlage 2

Zum Unterschied zwischen Informationsordnung der DDR-Volkspolizei und WE-Meldeerlass der Polizei des Landes Brandenburg

1. DDR-Volkspolizei

Die Verfassung der DDR definiert im Abschnitt I die Grundlagen der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung. Erst im Abschnitt II kommen die Grundrechte und Grundpflichten ihrer Bürger zur Sprache.

Die Volkspolizei in der DDR hatte in erster Linie „den zuverlässigen Schutz der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung“⁶⁶ zu gewährleisten. Sie war daher eine Staatsschutz-Polizei. Und da die Führung durch die SED als „wichtigste Quelle der Stärke und Kraft“⁶⁷ der Volkspolizei verstanden wurde, in der „das Leninsche Prinzip der Einzelleitung, die Einheit von politischer und fachlicher Führung auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei“⁶⁸ verwirklicht wurde, - deshalb war sie auch eine Partei-Polizei ! Immerhin lag die SED-Mitgliedschaft im Jahr 1973 insgesamt bei 87 % (bei den Wachtmeistern bei 81 %) ⁶⁹.

Dieses Verständnis zeigt sich deutlich in der **Informationsordnung 081/83**.

Gefordert wurde: „Alle bekannt werdenden Vorkommnisse, die die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigen, sind unverzüglich zu melden.“⁷⁰ Darunter verstand man Vorkommnisse mit hoher Öffentlichkeitswirksamkeit, die die Bevölkerung beunruhigen könnten oder schwerwiegende Auswirkungen politischer, ökonomischer oder anderer Art haben könnten.

Dazu war wörtlich festgelegt: „Die Chefs, Leiter, Kommandeure und Stabschefs, Leiter der Dienstzweige und Bereiche, die ODH und die anderen Diensthabenden haben jedes bekannt gewordene Vorkommnis nach den politischen Auswirkungen im Zusammenhang mit der aktuellen innen- und außenpolitischen Lage, den volkswirtschaftlichen und anderen Konsequenzen verantwortungsbewusst zu beurteilen....In Zweifelsfällen ist eine Sofortmeldung abzusetzen.“⁷¹

In den Anlagen 4 und 5 der Informationsordnung wurden die Forderungen zur operativen Melde- und Berichtstätigkeit konkretisiert.

So waren für die Information der Partei- und Staatsführung (*man beachte die Reihenfolge !*) zu allen schweren Vorkommnissen, die politisch bedeutsam waren oder werden konnten sowie zu allen Vorkommnissen mit erheblichen ökonomischen Auswirkungen **telefonische Vorausmeldungen** innerhalb von 30 Minuten nach Bekanntwerden an das MdI zu erstatten und innerhalb einer Stunde nach Bekanntwerden eine **Sofortinformation** an den ODH des MdI telefonisch zu übermitteln.⁷²

In einem VERZEICHNIS DER SOFORTMELDUNGEN⁷³ war festgelegt, zu welchen Vorkommnissen innerhalb welcher Zeit zu melden war.

⁶⁶ Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der DVP, § 1 Charakter und Stellung, in Schlag nach für Volkspolizisten, Publikationsabteilung MdI der DDR, 3. Auflage 1982, S. 10, Archiv Autor

⁶⁷ INSTRUKTION für die Parteiorganisationen der SED und für die Politorgane der DVP und der anderen Organe des MdI, bestätigt vom ZK der SED am 10.01.1968, MdI, S. 11, Archiv Autor

⁶⁸ ebenda, S. 12

⁶⁹ T. Diedrich, H. Ehlert, R. Wenzke, Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Genehmigte Lizenzausgabe für Verlagsgruppe Weltbild GmbH, 2004, ISBN 3-8289-0555-2, S.133

⁷⁰ Ordnung 081/83 des MdI der DDR, Blatt 4, Archiv Autor

⁷¹ BLHA, BDVP 1952 – 1960, Rep. 471/15.2, Sign. 1918/4 Anlage 4 zur Ordnung Nr. 081/83, Blatt 3

⁷² ebenda

⁷³ ebenda, Blatt 4

Vorkommnisse der

- Kategorie I, (z.B. Verbrechen gegen die Souveränität der DDR, den Frieden, die Menschlichkeit und die Menschenrechte sowie Verbrechen gegen die DDR, wie Hochverrat, Spionage, Sammlung von Nachrichten, Landesverräterischer Treubruch, Staatsfeindliche Verbindungen, Terror, Diversion, Sabotage, Staatsfeindlicher Menschenhandel, Staatsfeindliche Hetze, Staatsfeindliche Gruppenbildung, Staatsverbrechen, die gegen ein anderes sozialistisches Land gerichtet sind, Gefährdung der internationalen Beziehungen, Mord, Raub, Menschenhandel; schwere Vorkommnisse mit sowjetischen Soldaten oder Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR) telefonische Vorausmeldung innerhalb von 30 Minuten, Meldefrist war durch vorgesetzten ODH festzulegen (maximal 3 Stunden bis Endempfänger),
- Kategorie II, (z.B. Straftaten wie Totschlag, fahrlässige Tötung, Straftaten gegen Glaubens- u. Religionsfreiheit, verbrecherische Sachbeschädigung) Meldungen bis fünf Stunden nach Bekanntwerden bei Endempfänger,
- Kategorie III, Meldungen spätestens 14 Stunden nach Bekanntwerden bei Endempfänger.

Gesondert geregelt waren Sofortmeldungen bei Grenzübertritten und für den Transitverkehr. Die zu meldenden Sachverhalte werden seitenweise katalogartig und die Meldeinhalte speziell aufgeführt.

Deutlich wird der Informationsanspruch der SED auch beim Rapportverteiler, wo der 1. Bezirks- bzw. Kreissekretär und der Leiter der Abteilung Sicherheit der SED-Bezirksleitung immer unmittelbar nach dem polizeiinternen Verteiler, aber vor den MfS-Dienststellen, den örtlichen Räten, der Staatsanwaltschaft und dem Gericht genannt wird.⁷⁴

2. Polizei Land Brandenburg

Im **Grundgesetz** der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 1, Absatz 1 heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Der Absatz 3 lautet: „Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.“

Demgemäß hat sich das Verständnis der Polizei im Land Brandenburg gegenüber den Jahren vor 1989 grundlegend gewandelt: Sie versteht sich immer mehr als „Bürger-Schutz-Polizei“, deren „Kernbereich polizeilicher Tätigkeit auf den Grundrechtsschutz angelegt ist, und zwar im Spannungsfeld zwischen Grundrechtseingriff einerseits und dem Schutz von Grundrechten andererseits im Rahmen einer konkreten Einzelfallprüfung der Verhältnismäßigkeit.“⁷⁵

Der Erlass des Innenministeriums Brandenburg „**Meldung wichtiger Ereignisse (WE-Meldungen) durch die Polizeibehörden und –einrichtungen**“⁷⁶ entspricht diesem „Bürger-Schutz“-Verständnis und legt fest, dass solche Ereignisse wichtig sind, „die die öffentliche Sicherheit erheblich beeinträchtigen können oder bereits beeinträchtigt haben und besondere Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung haben ...“

Zu meldende Sachverhalte werden beispielhaft angeführt, Inhalte nur allgemein, nicht speziell festgelegt.

⁷⁴ BLHA, BDVP 1952 – 1960, Rep. 471/15.2, Sign. 1918/4,6 Anlage 4 zur Ordnung Nr. 081/83, Blatt 52 - 53

⁷⁵ Der Wandel der Volkspolizei zu einer rechtsstaatlich-demokratischen Polizei, R. Haselow, Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e.V., Verlag Schmidt-Römhild Lübeck, 2000, ISBN 3-7950-2924-4, S. 78

⁷⁶ Erlass MI BB, Az. IV/4-678/679 vom 27.12.2002, Archiv Autor

Als Zeitrahmen ist festgelegt, dass eine WE-Meldung grundsätzlich schriftlich innerhalb einer Stunde nach erstmaliger Kenntnis des Ereignisses zu übersenden ist. Bei besonderer Eilbedürftigkeit soll sofort telefonisch über das wichtige Ereignis berichtet werden.

3. Fazit

Die Information ist in jedem Gesellschaftssystem die Grundlage jeden polizeilichen Handelns.

Beim Umgang mit der Information gibt es systemimmanente Unterschiede.

In der DDR wurde die Information in der Regel als Herrschaftswissen verstanden, wo letztendlich die Partei entschied, was das Volk wissen durfte (erinnert sei beispielhaft nur an die Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl am 26. April 1986, zu der in der DDR erst eine Woche später zaghaft berichtet worden ist).

In der BRD ist der freie Zugang der Bürger zur Information durch den Artikel 5, Absatz 1 des Grundgesetzes festgeschrieben⁷⁷:

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Eine zeitgerechte, wahrhaftige Information durch jeden Polizeiangehörigen ist notwendig, um polizeifachlich schnell handeln zu können.

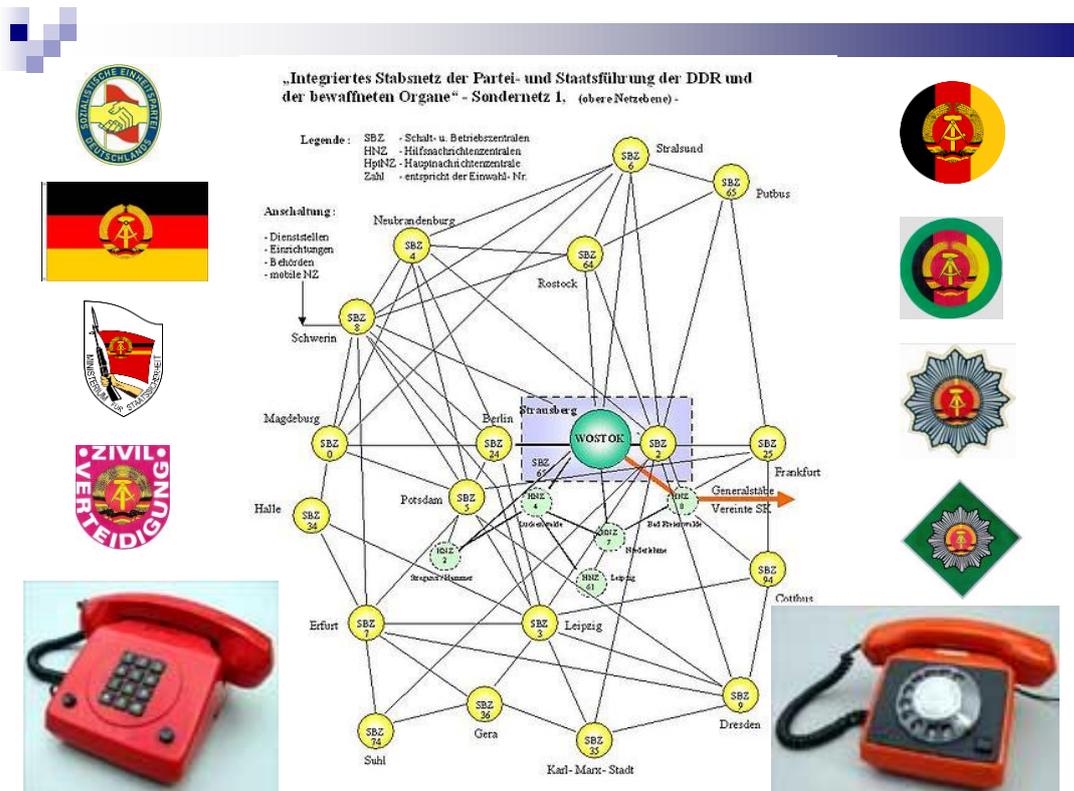
Kommt die Information zu spät oder gar nicht, kann die Polizeiführung nur noch reagieren.

In der DDR wurde es für den Leiter des VPKA oder Chef der BDVP sehr unangenehm, wenn die Parteiinformation oder die MfS-Kreis- oder Bezirksdienststelle schneller über ein Ereignis Bescheid wussten.

Im Land Brandenburg ist es für den Polizeiführer, Polizeipräsidenten oder Innenminister mindestens ebenso unangenehm, wenn er von Medienvertretern oder der politischen Opposition zu einem Ereignis befragt wird, von dem er aus eigenem Haus noch gar nichts gehört hat.

⁷⁷ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2248), Art. 5 (1)

Anlage 3



http://de.wikipedia.org/wiki/S1-Netz_DDR

Abkürzungsverzeichnis

ASM	Anlassbezogenes Schichtdienstmanagement
ATZ 65	automatische Telefonzentrale / Nebenstellenanlage
BB	Brandenburg
BbgPolG	Brandenburgisches Polizeigesetz
BDVP	Bezirksbehörde der Volkspolizei
BDP	Bezirkspolizeibehörde
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGL	Dienstgruppenleiter
DVP	Deutsche Volkspolizei
EB	Einsatzbearbeiter
ELBOS	Einsatzleit- und Info-System für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
ELOK	Einsatzmittellokalisierung
EMW	Eisenacher Motorenwerk
EPHK	Erster Polizeihauptkommissar
FStW	Funkstreifenwagen
GdP	Gewerkschaft der Polizei
GODH	Gehilfe des Operativen Diensthabenden
GSSD	Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
GWN	Großwähl-Nebenstellen-Anlage
KFZ	Kraftfahrzeug
LIZ	Lage- und Informationszentrum
LZ	Lagezentrum
LZBK	Lagezentrum Brand- und Katastrophenschutz
MAZ	Märkische Allgemeine Zeitung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MI	Ministerium des Innern
MSN 70	Mittlere Schalter Nebenstellenanlage 70
NBA	Nachrichtenbedienanlage
NEF	Nachrichteneinsatzfahrzeug
NVA	Nationale Volksarmee
ODH	Operativer Diensthabender
OvD	Offizier vom Dienst
PASS	Polizeiliches Auskunftssystem Straftaten
PDV	Polizei-Dienstvorschrift
PHK	Polizeihauptkommissar
PKA	Polizeikreisamt
PKW	Personenkraftwagen
PP	Polizeipräsidium
REDABAS	Relationales Datenbanksystem
ROBOTRON	DDR-Nachrichtentechnik-Kombinat, "Robotron" ist eine Phantasiebezeichnung aus "Roboter" und "Elektronik".
RvD	Rat vom Dienst
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
TPA	Transportpolizeiamt
UKW	Ultrakurzwelle
VD	Vertrauliche Dienstsache
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VPN	Virtual Private Network, deutsch „ <u>virtuelles privates Netz</u> “
VS	Verschlusssache
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
WE	Wichtiges Ereignis
WGT	Westgruppe der Truppen (sowjetische Streitkräfte in Deutschland)

WSPP	Wasserschutz-Polizeipräsidium
WSP	Wasserschutzpolizei
ZFN	Zentrales Funknetz
ZTB	Zentraldienst für Technik und Beschaffung

Literaturverzeichnis

Aufruf an alle Angehörigen und Zivilbeschäftigten des Ministeriums für innere Angelegenheiten des Bezirkes Potsdam, Fernschreiben 813 des Chefs der BDVP Potsdam vom 05.12.1989, in Kopie Archiv Autor
Ausfüllvorschrift Kerblockkarte des Mdl, BLHA, BDVP 1952-1960, Rep. 471/15.2, Sign. 918.446
Aussagen zu wesentlichen Ergebnissen und Erkenntnissen der Arbeit der DVP und der anderen Organe des MfIA im Bezirk sowie zu Schwerpunkten der Aufgabenstellung und Arbeitsweise im Jahr 1990, Dienstsache Nr. 02/90/10., Archiv Autor
Befehl 16/58 des Chefs der BDVP Potsdam, BLHA, BDVP 1952-1960, Rep. 471/15, Sign. 021
Beschreibung der Nachrichtenbedienanlage für ODH, BLHA, BDVP 1952-1960, Rep. 471/15.2, Sign. 1921/051
Betriebsunterlage Zentrales UKW-Netz des Mdl der DDR, Archiv Autor
Chronik Verkehrsbereitschaft Potsdam, BLHA, BDVP 1952-1960, Rep. 471/15.2, Sign. 163
Chronik VPKA Potsdam 1960, BLHA, Rep. 471/15.2, Sign. 157
Chronik VPKA Potsdam 1961, BLHA, Rep. 471/15/2, Sign. 158
Der Wandel der Volkspolizei zu einer rechtsstaatlich-demokratischen Polizei, R. Haselow, Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e.V., Verlag Schmidt-Römhild Lübeck, 2000, ISBN 3-7950-2924-4
Dienstanweisung 9/53 des Chefs der BDVP Potsdam, BLHA, BDVP 1952-1960, Rep. 471/15, Sign. 021
Die Deutschen Wasserschutzpolizeien, Historisches vom Strom, Band XIV, G. Heemann, G. Meyer, Dr. Neufang Verlag, Gelsenkirchen 2000, 2. Auflage
http://www.digitalfunk-brandenburg.de/
Erlass MI BB, Az. IV/4-678/679 vom 27.12.2002, Archiv Autor
Funkwageneinsatz 1954-1956, BLHA, BDVP 1952-1960, Rep. 471/15, Sign. 169
Geschichte der Deutschen Volkspolizei, Band 1 und 2, Zweite, überarbeitete Auflage, VEB Verlag der Wissenschaften Berlin 1987, Archiv Autor
Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der DVP, § 1 Charakter und Stellung, in Schlag nach für Volkspolizisten, Publikationsabteilung Mdl der DDR, 3. Auflage 1982, S. 10, Archiv Autor
Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2248),
Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Lizenzausgabe für Verlagsgruppe Weltbild GmbH, ISBN 3-8289-0555-2, Archiv Autor
INSTRUKTION für die Parteiorganisationen der SED und für die Politorgane der DVP und der anderen Organe des Mdl, bestätigt vom ZK der SED am 10.01.1968, Mdl, S. 11, Archiv Autor
Im festen Glauben, einer guten Sache zu dienen, Forum Ethik & Berufsethik, Sonderheft Juli 1990
Landesdatenschutzbeauftragter Brandenburg, 6. Tätigkeitsbericht 1997/1998, Einsatzleitsystem der Polizei; www.lida.brandenburg.de
MACHT BESSER! Potsdamer Bürgerbewegung `89`, DVD, FH Potsdam, ARGUS Potsdam e.V.
Märkische Allgemeine Zeitung, Ausgabe Potsdam, 02.04.1996
Märkische Allgemeine Zeitung, Ausgabe Potsdam, 04.12.2003, Leitstelle für zehn Millionen
Märkische Allgemeine Zeitung, Ausgabe Potsdam, 10.09.1994
Märkische Allgemeine Zeitung, Ausgabe Potsdam, 10.09.1994, Heißer Draht zur Polizei im digitalen Takt
Märkische Allgemeine Zeitung, Ausgabe Potsdam, 31.08.1995, Aus für die Turtles
Märkische Allgemeine Zeitung, Ausgabe Potsdam, 20.01.1996, Notruf wird oft missbraucht
Märkische Allgemeine Zeitung, Ausgabe Potsdam, 21.07.2010, Filmchen von der Verkehrskontrolle
Märkische Allgemeine Zeitung, Ausgabe Potsdam, 22.09.2009, Hilfe vom Himmel
Märkische Allgemeine Zeitung, Ausgabe Potsdam, 28.09.2002, 75000 mal im Jahr Notruf 110

Märkische Allgemeine Zeitung, Ausgabe Potsdam, 29.03.1994, Lagezentrum eingeweiht
Methodischer Leitfaden Nr. 25 des Mdl der DDR 1975, Archiv Autor
Methodischer Leitfaden Nr. 28 des Mdl der DDR, Archiv Autor
Ordnung 034/87 des Mdl der DDR, Archiv Autor
Ordnung 054/87 des Mdl der DDR, Archiv Autor
Ordnung 055/84 des Mdl der DDR, BLHA, BDVP 1952-1960, Rep. 471/15.2, Sign. 1918/001
Ordnung Nr. 081/83, Anlage 4, BLHA, BDVP 1952 – 1960, Rep. 471/15.2, Sign. 1918/4
Schichtdienst-Organisation, Kompromiss zwischen individuellem Wunsch und dienstlicher Notwendigkeit, G. Neue in POLIZEI – heute, Heft 4, 31. Jahrgang, R. Boorberg-Verlag
Schreiben an Leiter E/E vom 10.11.1995 zur Qualität des Funkverkehrs, in Kopie Archiv Autor
Vom FStW bis zum Hydromil, Typologie für Sammler und Modellbauer, 2002 By Archiv RoSe, Archiv Autor
Vorläufige Arbeitsordnung für den Stab des VPKA Potsdam vom 01.09.1966, BLHA, VPKÄ 1952-1960, Rep. 471/15.1, Sign. 010
Vorstellungsbroschüre des Presse- und Informationszentrums des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr „Einsatzführungskommando der Bundeswehr“, 4. Auflage, Juni 2009

Für alle an der Geschichte des Polizeifunks Interessierten sehr empfehlenswert: <http://www.mobapaffenholz.de/bos-funk>

Für die Erlaubnis, Fotos nutzen zu dürfen, bedanke ich mich bei Herrn B. Blumrich sowie den ehemaligen Kollegen R. Baschant, K.-H. Böhm, F. Heinichen, A. Hinz, R. Rumschüssel und R. Pupka von der Feuerwehr Potsdam.

Zum Autor:

Günter Neue

Erster Polizeihauptkommissar a.D.,

seit 1967 Angehöriger der Deutschen Volkspolizei, nach entsprechender Ausbildung Kriminalist im VPKA Potsdam, später Politoffizier in Potsdam und Oranienburg;

ab 1984 verschiedene Tätigkeiten im Bereich Stab/Information der Bezirkspolizeibehörde Potsdam;

1991 bis 1997 Arbeit als DGL/KvD in der Leitstelle des Polizeipräsidiums Potsdam;

1997 bis 2002 Dezernatsleiter Leitstelle/Lagedienst im Polizeipräsidium der Wasserschutzpolizei des Landes Brandenburg;

nach Auflösung des Polizeipräsidiums der Wasserschutzpolizei 2002 bis zur Pensionierung 2006 Sachbearbeiter Einsatz im LZ 02 des Polizeipräsidiums Potsdam.

